

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Mo alle 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 11 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhlestraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1.50 Mkt. - für
den Stellenmarkt 90 Pf. - Eingetragen in die Reichspostzeitungliste

Sozialpolitische Forderungen im Reichstag

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter

Am 22. November tritt der Reichstag zu seiner Winter- tagung zusammen. Seit 1925 regiert im Reich das Bürgertum. Ungehindert von Rücksichten auf die Arbeiterklasse, hat es an der Neuordnung des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaues gearbeitet. Die Neuordnung ist Unordnung. Bis vor kurzer Zeit schleppten Millionen die schwere Last der Arbeitslosigkeit. Unter dem Druck dieser industriellen Reservearmee sanken die Löhne oder blieben auf ihrem niedrigen Stand. Dafür stiegen die Preise aller Waren. Der innere Wert der Löhne sank dadurch noch tiefer. Die Besserung des Wirtschaftsmarktes setzte ein. Trotz besserer Beschäftigung sind die Reallohne nicht gestiegen. Das Dasein von Millionen Menschen ist unerträglich schwer. Selbst bei bescheidensten Ansprüchen und bei größt. Sparamkeit leben die meisten von der Hand in den Mund. Löhne und Renten liegen unter dem sozialen Lebensmindestmaß. Unter der scheinbar ruhigen Wirtschaftsbude beginnt es zu rumoren. Die Erhöhung des Zinsfußes durch die Reichsbank zeigt das alte Übel der Kapitalnot. Der Reparationsagent rührt sich und warnt. Sind diese Mahnungen überflüssig oder stehen wir wieder vor einer Beschäftigungslosigkeit, die wiederum Millionen in Not und Elend wirft? Das Volk hat ein Recht darauf, durch seine berufene Vertretung Klarheit zu verlangen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat darum eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die Licht und Besserung bringen sollen. Die Forderungen und Anträge erstrecken sich auf die Gebiete der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Die Anträge verlangen eine Herabsetzung der Lohnsteuer und Rentenerhöhungen sowie sonstige notwendige Verbesserungen der Sozialversicherung. Die Anträge und Vorschläge entfahren in ihrer Gesamtheit der Auffassung, daß nicht das Wohl kapitalistischer Unternehmungen, sondern das Wohl des Volkes ausschlaggebend sein müsse.

Hunderttausende von Arbeitern könnten Lohn und Brot finden, wenn endlich die Reichsregierung den Handelsvertrag mit Polen zustande brächte. Als wichtige Maßnahmen zum Preisabbau für Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände wird der Abbau der gewaltig überhöhten Zollsätze verlangt. Die Befreiung der Kartellpolitik wird daneben gefordert. Der Verbraucher darf vom Staat nicht schutzlos der Gewinnjucht der Kartelle ausgeliefert sein.

Auf dem Gebiete der Lohnpolitik fordert die sozialdemokratische Fraktion Sicherung des Lohnanteils an den Rationalisierungsgewinnen. Das Reich soll selbst endlich mit einer vorbildlichen Lohnpolitik in seinen eigenen Betrieben vorangehen. Da die Unternehmerseite von der Reichsregierung Abdrückung jeder Lohnherabsetzung fordert, wird verlangt, daß die Regierung bereit ist, diese unerhörte Zumutung deutlich zurückzuweisen.

Die Regierung wird hingewiesen auf die Gefahr, die in der Gründung der Kriegskassen der Schwerindustrie liegt. In aller Öffentlichkeit hat die Schwerindustrie ihre Absichten selbst enthüllt. In der Begründung für die Bildung der Kasse ist unverblümt darauf hingewiesen, daß sie dazu dienen solle, den Kampf gegen die gesetzlich beschlossene Neuregelung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie ab 1. Januar 1928 zu finanzieren. Gegen diese offene Rebellion der Schwerindustrie gegen den Gesetzgeber und die Staatsmacht soll die Regierung und die Öffentlichkeit mobil gemacht werden.

Der Antrag auf Änderung des Lohnsteuer- gesetzes bezweckt eine Ermäßigung der Massenbelastung. Die Einnahmen des Reiches in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1927 zeigen, daß die Einnahmen aus den Massensteuern einen Überschuß von 20 Millionen ergeben. Die Besitzsteuern sind dagegen in der gleichen Zeit um 25 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Seit dem 1. Januar 1926 sind die Sätze bei der Lohnsteuer nicht verändert. Das damals festgesetzte steuerfreie Einkommen von monatlich 100 M. ist von der Lohnentwicklung überholt. Durch die Veränderung der Löhne und Preise ergab sich zwangsläufig eine Verschiebung, die zu einer Steigerung in der steuerlichen Belastung führte. Das beweist die Reichsstatistik über die Entwicklung der Tariflöhne. Die Sozialdemokratie hat darum die Heraushebung des steuerfreien Einkommens von 100 auf 140 M. monatlich beantragt. Die soziale Notwendigkeit und die finanzielle Durchführbarkeit dieses Antrags läßt sich eruffhaft nicht bestreiten. Der Widerstand wird nicht gering sein. Die Regierung will die Überschüsse aus den Massensteuern behalten und damit die Beamtenbesoldung erhöhen. Die Unternehmer und weite Teile der bürgerlichen Parteien sind ebenfalls gegen die Ermäßigung der Lohnsteuer. Sie wollen die weitere Entlastung des Besitzes. Darum muß den Besitzlosen die Steuerlast aufgehoben werden. Steuerfragen sind immer Machtfragen. Sie rühren an den Geldbeutel, und da hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf.

Das dritte Gebiet sozialdemokratischer Forderungen ist die Sozialpolitik. Unter den Wirkungen der Preissteigerung haben die Rentempfänger aller Art am schwersten zu leiden. Gerade da zu helfen, ist eine selbstverständliche Pflicht. Der erste sozialdemokratische Antrag fordert Änderungen in der Reichsversicherungsordnung, der andere in der Angestelltenversicherung. Durch die erstere Änderung wird eine Verbesserung der Invaliden- und Unfallrenten erzielt. Für hilflose Unfallverletzte wird eine Erhöhung des Pflegegeldes auf 636 M. jährlich verlangt. Wenn die Gesundheitsfürsorge so schwer ist, daß sie ein dauerndes Krankenzustand erfordert, so ist diese Zulage auf 1056 oder 1320 M., je nach

Lage des Falles, zu erhöhen. In der Invalidenversicherung wird neben einer Reihe von Verbesserungen die Ausdehnung der Witwen- und Waisenrenten und die Erhöhung des Grundbeitrages der Invalidenrente für alle Lohnklassen von 168 auf 223 M. jährlich gefordert. Der Kinderzuschuß soll von 90 auf 130 M. im Jahre erhöht werden. Die Sozialdemokratie verlangt außerdem einen Geschenktour, wonach in der Unfallversicherung eine Umrechnung der laufenden Renten in Abschnitten von 5 Jahren nach den jeweils geltenden Löhnen erfolgen soll. Schließlich ist auch die alte gewerkschaftliche Forderung auf neue erhoben, daß die Entschädigungspflicht auf alle gewerblichen Berufsrisikantente und der Versicherungsbeitrag auf alle gegen Entgelt verrichteten Arbeitsleistungen ausgedehnt wird. In der Angestelltenversicherung ist neben vielen anderen Verbesserungen beantragt, den Grundbeitrag der Renten von 48) auf 720 M. jährlich zu setzen und die geleisteten Beiträge mit 20 vS statt wie bisher mit 15 vS anzurechnen.

Mit der Einbringung dieser Forderungen hat sich die Sozialdemokratische Fraktion zum Verfechter der berechtigten Ansprüche weitester Volksschichten gemacht. Beim Zusammentritt des Reichstages werden die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien Farbe zu bekennen haben. Was hier gefordert wird, ist das mindeste dessen, was ohne Gefährdung der Staatsfinanzen geschehen kann und was für die Arbeiter- und Angestelltenchaft geschehen muß.

Der erweiterte Beirat des DMV

Am 16. und 17. November tagte unser Erweiterter Beirat in Stuttgart. Die wichtigsten Gegenstände der Beratung waren der Konflikt mit den Schwerindustriellen wegen der dreigeteilten Schicht in den Häfenwerken und die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung in den Verbänden. Von der Beratung dieser Gegenstände wie über die andern wird an anderer Stelle dieser Nummer ausführlich berichtet.

Das der gesamte Beirat die große Bedeutung des einen wie des andern Gegenstandes nicht verkennt, ließ der Ernst wie die Sachlichkeit der Beratung deutlich erkennen. Vollige Einmütigkeit herrschte insbesondere darüber, daß mit der Einführung der dreigeteilten Schicht in der Schwerindustrie nicht mehr zugewartet werden darf. Sie müsse unbedingt am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Es sei in der Ver- ordnung des Reichsarbeitsministers festgelegt und er habe die selbstverständliche Pflicht, zunächst selbst für die Beobachtung seiner eigenen Verordnung zu sorgen. Ihn darin nachdrücklich zu unterstützen, sei Sache der Gewerkschaften.

Es scheint indessen, daß beim Reichsarbeitsminister Genehmigung vorhanden sei, den arbeiter-eindlichen Wünschen der schwerindustriellen Typisten und Redner entgegen zu kommen. Dies heiße für den Arbeitsminister, seine eigene Verordnung verleugnen. Um das nicht allzu offensichtlich werden zu lassen, verliche der Reichsarbeitsminister, die Gewerkschaften zur Verögerung des Inkrafttretens der Verordnung zu gewinnen. Wenn das gelänge, dann könnte der Minister seine Hände in Unschuld waschen und auf die Gewerkschaften verweisen. Wen dann der Fruch der schwer geschundenen Häfenarbeiter treffe, sei leicht zu erraten.

Zu diesem schlaunen Spielchen werde jedenfalls der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht zu haben sein. Dafür werden ihm die Gütenarbeiter aller Richtungen Dant wissen. Die Erfüllung der Verordnung verschleppen, das heiße das abstoßende Trauerspiel mit dem Achtundtagsakt, das in Deutschland von der Regierung seit Jahren verübt wird, noch weiter zu verlängern.

Bei den Einwänden der Schwerindustriellen gegen die dreigeteilte Schicht wird sich kein Kundiger aufhalten, denn sie haben sich ja selbst der allerersten Verbesserung zugunsten der Arbeiter mit Klauen und Zähnen oder mit Schlägen und Pfiffen widersetzt. Sie haben ja fünf Monate Zeit gehabt, die technische und sonstige Umstellung für die kürzere Arbeitszeit vorzunehmen. Und wenn man die noch zehn Jahre hinausschiebt, die Schwerindustriellen werden auch dann noch mit Einwänden kommen. Die Haltung der Industriellen wie des Reichsarbeitsministers lasse einen offenen Konflikt nicht unwahrscheinlich erscheinen. Auf den sich weiter vorzubereiten, war die einstimmige Meinung des Beirates.

Die gleiche Einhelligkeit zeigte sich bei der Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung im Verbände. Verschiedene Einzelheiten des Planes, den der Kollege Schäfer für den Vorstand vortrug, wurden indessen für änderungsbedürftig gehalten. Eine noch weitere Begünstigung wurde besonders für die Gründer des Verbandes gewünscht, damit auch sie bei ihrem hohen Alter noch der neuen Unterstützung teilhaftig werden können. Dann wurde die Herabsetzung der Bezugsgränze von 65 auf das 60. Lebensjahr sowie die Mehrung des Beitrages, der den Mitgliederwitwen ausgesetzt ist, für ratsam gehalten. Auch über die Zulässigkeit, die neue Unterstützung mit dem höheren Beitrag für die weiblichen Mitglieder zwingend oder freiwillig zu machen, gingen die Meinungen auseinander. Die Kritik ist nur ein Beweis mehr für den allgemeinen Drang, den Verband zu einem noch besseren Fort der Mitglieder zu machen, der ihnen auch nach Beendigung der beruflichen Tätigkeit, am Lebensabend Schutz und Geldhilfe gewährt. Damit wird ein Wunsch erfüllt, der unzählige Male ausgesprochen wurde.

Der Plan der neuen Unterstützung ist an anderer Stelle dieser Nummer in groben Umrissen dargelegt. Es wird nun getrachtet werden, ihn der Kritik des Beirates entsprechend zu ändern und zu verbessern. Der so umgestaltete Entwurf wird dann in der Metallarbeiter-Zeitung erscheinen, so daß die gesamte Mitgliedschaft die Möglichkeit hat, ihn zu besprechen und durch Vorschläge zu ändern. Der Verbandsrat in Karlsruhe hat das letzte Wort zu sprechen. Er wird, das glauben wir als sicher annehmen zu können, die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung beschließen. Dadurch bekommt unser Verband noch stärkere Anziehungskraft und er vermag dann noch mehr Segen für seine Mitglieder und deren Angehörigen zu stiften. Diesen Segen können die Kollegen mehrten, indem sie für die Stärkung des Verbandes nachdrücklich werden. Dies ist besonders auch um der Sache willen vonnöten, von der weiter oben die Rede ist, nämlich um die endliche Sicherung des Achtundtagsaktes in der Schwerindustrie.

Soll das „Lohnpolitik“ sein?

Einen sonderbaren und dabei auch wieder bezeichnenden Vorschlag zur Lohnpolitik der Gewerkschaften hat in dem Blatte der christlichen Kollegen, im Deutschen Metallarbeiter, der karlsruher Professor Brauer gemacht. Er geht von der allerdings unbestreitbaren Tatsache aus, daß die Profite der verschiedenen Unternehmungen nicht völlig gleich sind und meint, dies müßten die Gewerkschaften „ausnutzen“. In der Tat weicht ja der Profit eines jeden einzelnen Unternehmers mehr oder minder nach oben oder nach unten von der allgemeinen Durchschnittsprofitrate ab, die eben deshalb Durchschnittsprofit heißt, weil sie nur den Durchschnitt der wirklichen Profite darstellt. Folglich gibt es stets eine Anzahl Unternehmungen, deren Profit höher ist als der der anderen, und Brauer wünscht, daß diese auf Grund ihrer Sondergewinne auch besonders hohe Löhne zahlen sollen.

Wenn man so hört, möchte man leicht meinen. Aber sehen wir näher zu. Wie soll denn nun in jedem einzelnen Fall die Höhe des Lohns bestimmt werden? Natürlich nach der jeweiligen Höhe des Profits. Und woher wissen wir die? Die Jahresbilanz ist kein Maßstab, denn sie ist in der Regel „stiefel“. Brauer sagt selbst, daß in der Bilanz zu viel verkleinert wird, und meint, die Angestellten sollten „auf Grund ihrer im meren Kenntnisse des Geschäftsgebarens“ helfen, jene Schleier zu lüften. Das wird in der Praxis nicht ganz leicht sein, weil die Angestellten Angst haben werden, die durch das Strafgesetz geschützte Grenze des sogenannten Geschäftsgeheimnisses zu überschreiten. Mindestens aber werden sie die Entlassung fürchten, wenn sie den Arbeitern Mitteilungen machen, die die Geschäftsleitung nicht wünscht.

Doch das ist nur ein heiläufiger Einwand. Ob man nun den Profit mit voller Schärfe zu erfassen vermag oder nicht, auf alle Fälle wäre es zu begrüßen, wenn es gelänge, die Löhne zu erhöhen und die Lage der Arbeiter zu bessern. Gerade dies muß indessen begreifbar werden.

Denn erstens wird doch der Gewinn eines jeden Unternehmens in der Regel nur alle Jahre einmal ausgerechnet. Was soll in der Zwischenzeit geschehen? Sollen die Löhne für ein ganzes Jahr festgelegt werden und noch dazu nach Maßgabe des Gewinns vom vorigen Jahr? Man braucht sich das nur richtig auszubedenken, um die völlige Unmöglichkeit einzusehen. Woher denn gerade in der Gegenwart die vielen Lohnbewegungen, die vielen Besuche der Arbeiter, ihre Löhne „vorzeitig“, das heißt vor Ablauf der Tarife zu erhöhen? Ganz offenbar deshalb, weil die Lebenshaltung vor Ablauf der Tarife in einer Weise teurer geworden ist, die man nicht erwartet hatte. Will man dem abhelfen, so müßte man ein Mittel finden, um die Löhne in ganz kurzer Frist, mindestens von Woche zu Woche, zu ändern. Brauer redet aber nicht davon, wie man den tatsächlichen Profit eines jeden Unternehmens in jedem Monat oder in jeder Woche feststellen soll. Es gibt auch keine Möglichkeit dazu.

Sodann ist es sehr zweifelhaft, ob überhaupt eine Erhöhung der Löhne dabei herauskommt. Schon hat die Arbeitgeberzeitung, die sich mit Brauers Vorschlag beschäftigt, die Frage aufgeworfen, was mit den Unternehmungen geschehen soll, die nur geringen Profit machen. In klarer Folgerichtigkeit von Brauers Lohnberechnung müßten dort die Arbeiter besondere niedrige Löhne kriegen!

Ich übergehe den an dieser Stelle sich aufdrängenden Gedanken, daß damit den Unternehmern ein willkommenes Werkzeug in die Hand gegeben wird, den Lohn überall und stets tief zu halten: sie brauchen nur überall und stets kleine Profite auszuweisen, was ihnen wirklich keine große Mühe macht. Die Arbeitgeberzeitung hat sogar schon für die Großbetriebe einen Weg gewiesen, wie das zu machen ist. Ich übergehe das und komme sogleich zu dem grundsätzlichen Einwand, der sich aus den letzten Ausführungen ergibt.

Gelänge es, Brauers Vorschlag durchzuführen, so würden die Arbeiter gutgehender Betriebe besonders hohe Löhne haben, in anderen Betrieben würden die Löhne niedriger sein, und es würde auch stets Betriebe mit unauskömmlichen Löhnen geben. Jedenfalls würden innerhalb ein und desselben Gewerbes für dieselben Arbeiten ganz verschiedene Löhne gezahlt werden. Ja sogar innerhalb ein und desselben Firma würden sich Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen ergeben. Und wenn es sich darum handelt, die Löhne zu erhöhen oder überhaupt nur festzusetzen, müßten die Arbeiter einer jeden Firma oder eines jeden ihrer Werke für sich allein vorgehen. Die anderen könnten ihnen dabei nicht helfen, würden überdies auch gar nicht den Wunsch dazu empfinden, denn sie hätten ja nichts davon. Damit wäre jeder Zusammenhalt, jede Solidarität unter den Arbeitern zerschlagen. Die Arbeiterbewegung würde sich in eine Anzahl kleiner Gruppen zerplittern, deren jede für sich handelt, ohne sich um die anderen zu kümmern, weil ja die Bedingungen, welche den Lohn und überhaupt das Arbeitsverhältnis bestimmen, für jede Splittergruppe andere sind. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterbewegung sich in nichts auflöst!

Das ist eine unausweichliche Folge, über die sich der gewerkschaftliche Praktiker eigentlich noch schneller klar sein dürfte als der Theoretiker. Deshalb ist es erstaunlich, daß ein solcher Vorschlag überhaupt erstlich in einem Gewerkschaftsblatt hat vorgetragen werden können. Ist es doch eine ganz sonderbare Idee, die Lohnhöhe von der Größe des Profits abhängig zu machen! Man geht nicht zu weit, wenn man dies sagen ja die Unternehmer immer, daß der Lohn sich nach der „wirtschaftlichen Lage“ der Industrie oder gar des einzelnen

Unternehmens richten müsse, was doch nichts anderes heißt als nach dem Profit, den der Unternehmer auszuweisen beabsichtigt. Dem gegenüber müssen die Gewerkschaften unverbrüchlich daran festhalten, daß der Lohn die Bezahlung für die verkaufte Arbeitskraft ist, die an dem Risiko des Unternehmers durchaus nicht teilzunehmen hat, sondern für die Befriedigung eines angemessenen Lebensunterhalts ausreichen muß.

Kürzere Arbeitszeit - größerer Ertrag

Eine Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat eine Erhebung über die Produktion durchgeführt und dabei besondere Untersuchungen über die Einführung des Achtstundentages angestellt. Das Ergebnis liegt in einem umfangreichen Werk von acht Bänden vor. Die Ergebnisse sind für die Beurteilung der Frage des Achtstundentages von außerordentlicher Bedeutung.

Die Erhebung bestätigt, was von jeher von den Gewerkschaften behauptet wurde, daß die Produktion mit der Verkürzung der Arbeitszeit zunimmt. Dafür liegen eine ganze Reihe von Beispielen aus allen Ländern vor. Überall haben die Unternehmer behauptet, daß mit der Einführung des Achtstundentages die Produktion zurückgehe. Wo aber der Versuch mit dem Achtstundentag gemacht wurde, hat sich als Ergebnis das Gegenteil herausgestellt. So sagt der Bericht der Arbeitskommission in der Maschinenindustrie, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die Leistungsergebnisse erheblich gesteigert habe.

Der französische Bericht stellt fest, daß von 26 Unternehmen, auf die sich die Untersuchung erstreckte, nur in einem Falle eine Produktionsminderung bei Einführung des Achtstundentages eintrat. In diesem einen Falle wurde durch verbesserte Maschinen der Rückgang beseitigt.

Neben diesen allgemeinen Berichten sind von großem Wert die Feststellungen, die für einzelne Betriebe gemacht wurden. Ein englischer Unternehmer sagt von seinem Betriebe, daß er mit der Verkürzung der Arbeitszeit gute Erfahrungen gemacht habe. Vor dem Krieg wurde in seiner Fabrik wöchentlich 33 Stunden gearbeitet, er hat die Arbeitszeit auf 41 Stunden wöchentlich verfürzt. Und das Ergebnis? Eine Verzehrfung der Produktion um wöchentlich 44 Prozent. In einer französischen Metallfabrik nahm die Produktion um 32 Prozent zu und in einer Motorenfabrik stieg die Stundenleistung um 61 Prozent. In einer Seidenfabrik, wo die Arbeitszeit von 55 auf 48 Stunden herabgesetzt wurde, stieg die Stundenleistung um 27 Prozent. Aus einer Fabrik zur Herstellung von Bohrern wird berichtet, daß die Stundenleistung hauptsächlich durch die dauernde Verbesserung der Arbeitsweisen und Werkzeuge erzielt wurde. So wurden Studien für das Schneiden der Werkzeuge durchgeführt. Bei dem hauptsächlich gebrauchten Gußstahl war es daher 1924 möglich, im sogenannten treuen Arbeitstempore eine Schnittdiefe bis zu 40 Metern in der Minute beim Fertigmachen und 30 bis 26 Meter in der Minute bei der größeren Arbeit zu erzielen. Dieses Ergebnis konnte infolge der besonderen Form der Schneidwerkzeuge erreicht werden. Ohne diese Verbesserung würde das Gewerbe eingegangen sein.

Die Untersuchung zeigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu keiner Verringerung des Lohnes führen kann. Das ist ein klarer Grund. Die Produktion verringert sich nicht und damit fällt der Hauptgrund fort, aus dem die Unternehmer gegen den Achtstundentag arbeiten. Es geht aus den Berichten aus den einzelnen Ländern ganz klar hervor, wie überall bei Verkürzung der Arbeitszeit die Produktionsdaten hinauslaufen, durch Leistungssteigerungen den Anfall auszugleichen. Dabei mußte auch auf die Produktionsmethode sehr viel geändert werden. Dazu haben sich große Mühen in der Betriebsorganisation herausgestellt, die zum großen Teil darauf zurückzuführen waren, daß die Fabrikleitung es nicht für nötig gehalten hatte, die erforderlichen Anordnungen für die Herbeiführung des Rohmaterials zu treffen. Häufig fehlt der Werkstoff. Die Arbeiter müssen ansetzen, bis er herbeigeholt ist. Auch an leistungsfähigen Maschinen fehlt es häufig. Mit alten Maschinen müssen sich die Arbeiter plagen, wobei sich viele Unzufriedenheiten einstellen, die nicht nur die Produktion, sondern auch die Arbeitslust hemmen.

Im ganzen genommen zeigen die Ergebnisse dieser Untersuchung, daß die Einführung des Achtstundentages bei der fortschreitenden Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe eine zwingende Notwendigkeit ist.

Lenkung und kein Ende!

Im Frühjahr d. J. lebte eine Lenkung ein, die sich in stetig ansteigender Härte weiter bewegte und auf alle Schritte der Beherrschung übergriff. Im besonderen ist seit März in der Republik eine Lenkung zu beobachten, die kritischste für Deutschland waren bis zu 40 Prozent ansteigt. Nach einer Zeit des leichten Sinkens hat die Lenkung gegenüber dem Frühjahr heute eine folgende Ausprägung angenommen:

Arbeiter für Krieg	40
Geld	20
Wohlstand	20
Lebenslage	15
Wohlfühlstoffe	20-30
Wohnsituation	10-15
Strampfwaren (aus Baumwolle u. Seidenstoffen)	15
Wohlfühlstoffe	10
Wohnsituation	6
Wohlfühlstoffe	8
Wohlfühlstoffe	8-10

Die Reichsstatistik zeigt für die Beschäftigten in der Zeit von Mitte Juni bis Mitte September im europäischen Ausland folgende Zahlen:

Berlin	4160
Frankfurt	32
Darmstadt	11
Sonderer Bedarf	1

Im Oktober hat die Lenkung weitere Fortschritte gemacht. Die Beschäftigten in der Reichsstatistik sind im Vergleich mit dem Juli 1926 um 100 Prozent gewachsen. Die Reichsstatistik ist somit im Oktober gegenüber September um 31 Punkte oder 21 Prozent gestiegen.

Gestehungskosten in den Hüttenwerken

Wie Betriebe unrentabel werden

Nummer wieder wird den Betriebsverretungen der Arbeiter von der Direktion ihres Werkes entgegengesetzt, daß die Gestehungskosten in anderen Werken des Konzerns weit unter den eigenen lägen und daß man daher auf keinen Fall an Lohnerhöhung, viel eher aber an eine Herabsetzung denken müsse. Durch Abbau der Belegschaft, Verschneidung der Löhne und Erhöhung der Einzelleistung suchen die Werkdirektoren sich den besten Werken des Konzerns anzugleichen, weil sie durch solche Mittel die Lebensfähigkeit ihres Betriebes beweisen wollen.

In vielen Fällen ist die Behauptung von der billigeren Herstellung anderer Betriebe stark aufgebauscht, aber bei der Fertigfabrikation ist sie oftmals nur zu richtig. Die Ursache dafür liegt aber meist nicht in der geringeren Leistungsfähigkeit, sondern ist schon beim Bezug des Rohmaterials begründet.

Zur Erläuterung sei gesagt, daß die einzelnen Abteilungen der Hüttenwerke, wie Stahlformgießerei, Hochöfen, Martinwerk, Walzwerk usw. ganz in sich abgeschlossen sind von einem eigenen Direktor geleitet sind, obwohl sie natürlich unter einer übergeordneten Leitung als Einheit im Verband der Vereinigten Stahlwerke erscheinen.

Die weiterverarbeitenden Betriebe der Hütte sind ganz selbstverständlich gehalten, ihr Rohmaterial den eigenen Erzeugungsbetrieben abzunehmen. So bekommt die Stahlformgießerei ihren Guß aus dem Martinwerk, die Walzwerke sind Abnehmer der Erzeugnisse der Thomas- und Martinwerke, diese wiederum werden ihren Bedarf bei der Hochofenabteilung.

Es ist nun aber nicht so, daß all diese Betriebe der Hütte ihre Erzeugnisse an die weiterverarbeitende Werkstatt zum Selbstkostenpreis abgeben, sondern vom Hochofen angefangen durch jeden Betrieb bei der monatlichen Abrechnung mit staatlichen Gewinnzahlen zu erscheinen und jeder paßt daher den weiterverarbeitenden Betrieben der eigenen Hütte hohe Preise auf.

Den letzten aber heißen die Kunde. Der Fertigfabrikate herstellende Betrieb, der kein Material manchmal erst aus dritter oder vierter Hand erhält, ist häufig nicht mehr in der Lage, nach all den vorausgegangenen Steigerungen der Quellenbetriebe mit Gewinn aufzutreten. Ist genug kommt es vor, daß der Preis der Fertigfabrikate durch den teuren Rohstoffbezug von der eigenen Hütte über den gangbaren Verkaufspreis zu liegen kommt. Für die Konzernleitung ist dann die Behauptung für die Unrentabilität dieser Betriebe gegeben und der Abbau der Löhne gilt immer als erstes Mittel der Besserung.

Das aber der Gewinn durch die geschübterte Preispolitik im eigenen Werksbereich in den Überschüssen der Erzeugungsbetriebe steht, das will man anscheinend nicht wissen.

Die Vereinigten Stahlwerke sind groß. Es gibt in diesem Konzern auch Betriebe für Fertigfabrikate, die nicht zum Bezug der Rohstoffe unter den günstigsten Verhältnissen gezogen sind, die ihre Rohstoffe frei und natürlich viel billiger beziehen können. So bleiben auch die Gestehungskosten niedriger und es können ganz hübsche Gewinne erzielt werden. Und gerade diese günstig arbeitenden Werkstätten werden ins Treffen geführt, wenn aus gleichartigen Betrieben der Hütte Lohnproteste kommen. Mit allerhand Zahlen sucht man dann der Arbeiterschaft klar zu machen, daß angestrengtere Arbeit das günstige Ergebnis geschaffen habe.

Man kann es der Arbeiterschaft nicht verdenken, wenn ihr Glaube an diese Beweisführung nicht groß ist, sind doch die betrieblichen Tatsachen zu durchschauen. Es ist nicht zu verwundern, daß auf dieser Seite die Auffassung immer stärker wird, daß es möglich sein muß, innerhalb der Vereinigten

Stahlwerke den weiterverarbeitenden Betrieben für die gleichen Rohprodukte auch gleiche Preise zu geben. Die Hochöfen des Konzerns sollten ihr Roheisen je nach Güte an die weiterverarbeitenden Betriebe zu Einheitspreisen abgeben können. Die Vereinheitlichung muß auch bei den Blockpreisen der Thomas- und Martinwerke einlehen. Man könnte noch weitere Hüttenprodukte anführen, für die Einheitspreise wohl angebracht wären, so zum Beispiel die Rohstoffe für den Waggonbau, ebenfalls sämtliches Material für Brückenbauanstalten. Überall ist eine Preisnormierung möglich, sogar schon beim Schrottverkauf der einzelnen Betriebe an Hochöfen und Martinwerk.

Von einem anderen Gesichtspunkte aus wäre diese Vereinheitlichung noch zu begrüßen: In der heute üblichen Geschäftsführung der Hüttenbetriebe liegt die Verschiedenheit der Löhne begründet und damit auch die Ursache der in letzter Zeit immer häufiger in Erscheinung tretenden Unrentabilitäten in der Weiterverarbeitung. Ein Betriebschef, der durch gewinnbringenden Absatz gute Monatsabschlüsse erzielt, ist bei der Verhandlung von Lohnfragen lange nicht so feindselig als der Kollege vom weiterverarbeitenden Betrieb, der aus den geschädigten Ursachen mit Unterschlagung arbeitet.

Gerade die Facharbeiter kommen bei dieser Geschäftsführung zu kurz. Denn während die Leute an den Hochöfen, in den Schmelzbetrieben und in den Walzwerken, also an den Quellen der Produktion, teilweise Schichtlöhne von 12 bis 18 A haben, müssen sich die Facharbeiter in der Fertigfabrikation häufig mit den nackten Tariflöhnen von 7 A für die Stunde begnügen. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist ein solcher Zustand auf die Dauer unhaltbar, hat er doch eine Flucht der tüchtigen Facharbeiter, die von jeher den besten Stamm der Arbeiterbetriebe bildeten, aus dem Beruf und damit aus den Gewerkschaften zur Folge. Diese Erscheinung wird sich mit der Delesung der Wirtschaft immer stärker zeigen. Pflicht der Betriebsräte muß es daher sein, danach zu trachten, daß dort, wo ein Hüttenwerk der Vereinigten Stahlwerke als Ganzes einen Gewinn abwirft, alle Arbeiter mit einer vernünftigen Aufstufung daran beteiligt sind. Es ist heute kein angenehmer Zustand für die gelehrten Facharbeiter der Hüttenbetriebe, daß es auf demselben Werk Gruppen von Arbeitern gibt, die über 100 Prozent mehr als sie verdienen.

Überall ist es schon zu örtlichen Betriebsstörungen gekommen, weil die Facharbeiter keine andere Möglichkeit sahen, ihren bis zum Ende des Jahres festgelegten Tariflohn der Feuerungsstelle anzugleichen, die ja nun einmal, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, vorhanden ist. Der langstehende Tarif für die Unternehmer des Industriegebietes äußerst günstig, denn er sichert ihnen voll die Vorteile der guten Geschäftslage. Einer zweigleisigen Regelung stehen sie begreiflicherweise ablehnend gegenüber, und so wird man wohl in den kommenden Wochen häufiger von kleineren Lohnkämpfen hören.

Betriebsstörungen solcher Art haben sich die Unternehmer der Nordwestgruppe aber selbst zuschreiben. Denn wenn sie das häufig in ihrer Presse betonte Gefühl für „Volksgemeinschaft“ hätten, würden sie nicht aus den Überschüssen des guten Wirtschaftsganges die in den letzten Wochen so oft erwähnte Kampfphase gegen die Arbeiterschaft mit Millionenworten füllen, sondern diese Gelder zur Besserung der Facharbeiterlöhne verwenden. Die Lösung der Arbeiter muß jetzt sein, für je 5 A, die die Unternehmer in ihre Kampfphase legen, ein Mitglied dem DAB zuzuführen.

W. H. Winkel.

Unternehmer untereinander

Die Arbeiter sind meist der Ansicht, daß die Unternehmer untereinander völlig einer Auffassung sind. Das ist nur der Fall, wo es sich darum handelt, gegen die Arbeiter vorzugehen. Sonst sind viele Streitpunkte unter ihnen vorhanden. Es liegen sich der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband (DIG) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände (DAB) und die beiden Organisationen angehörenden Streik- und Jugendvereinigungen schwer in den Saaren. Aber die Auseinandersetzungen werden nicht vor der Öffentlichkeit ausgetragen, sondern nur im engen Kreise.

Der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband hatte den Deutschen Streik- und Jugendvereinigungen der Deutschen Arbeitgeber-Verbände schon angekündigt. Dazu nimmt der Deutsche Streik- und Jugendverband und sagt u. a.:

Herr Grünner sagt, daß die von uns herausgegebene Übersicht über die Einigungsabhandlungen mit dem DIG vom Herbst 1926 eine Anzahl beachtlicher Unrichtigkeiten enthalte, er gibt aber keinen einzigen Beweis für seine Behauptungen. Eine Gegenüberstellung, in der also eine Richtigstellung versucht werden könnte, wird abgelehnt, weil der DIG nicht das volle Schauspiel eines Kampfes zwischen zwei Arbeitgeberorganisationen geben will, eine Bewegung, die im eigentümlichen Gegensatz zu dem Geschäftsbericht des Herrn Grünner steht. Wir prüfen jetzt, was eine rein objektive, den Tatsachen entsprechende Zusammenfassung des durch die Verhandlungen entstandenen Sachverhalts nach der Sitzungsprotokolle gegeben haben, ohne irgend eine kritische Würdigung.

Der Geschäftsbericht folgte aus dem Umstände, daß der Deutsche Streik- und Jugendvereinigungen als der DIG erhebe eine Forderung, die wiederholte wie nachträgliche Behauptung, daß der Deutsche Streik- und Jugendvereinigungen die DIG bis 2 bis 3 Jahre des täglichen Entschuldigungsverweigerung - daß „auf die Dauer der Auszahlung von Kapitalrenten dadurch unmöglich gemacht werden“ die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Während der DIG sich vor zwei Jahren von großen zur Verfügung stehenden Ressourcen sprach, die sich auf drei Millionen Soldaten belaufen sollten, so heute von demselben Einwanderer nicht mehr zu hören, da er, wie im Bericht zu lesen, „eine außerordentlich hohe Propagandataktivität entfaltet, sowohl es keine Mittel irgendwie erlauten“. Der Deutsche Streik- und Jugendvereinigungen werden einer maßvollen Berücksichtigung die während konstanter Perioden ersparten Gelder zur Bildung von Reserve, was im Jahr 1926 die beste Gelegenheit bot.

Denn Herr Grünner für den freiwilligen Austritt des DIG aus dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände als Grund anführt, daß er „sehr beständig die Schärfe hatte fallen lassen“, so wirkt diese Behauptung abseits angeht die Tatsache, daß allein ein Mitglied der genannten Vereinigung nämlich die Eisenbahngewerkschaft des DIG, eine jährliche Beitragseinnahme von 1 Millionen Mark hat, während der DIG für 1926 eine Beitragseinnahme von nur 866 000 A erzielte.

Die Angaben über die Entwicklung der Deutschen Streik- und Jugendvereinigungen zu dem Statistischen Amt Dr. Schilling sind völlig richtig, sie hier richtigstellen, würde zu weit führen. Es ist aber Herr Grünner an diese Angelegenheit die Verantwortung knüpfte, daß der DIG niemals wie stets behauptet werden konnte, so hat er nicht unbedeutend gelassen, daß er gerade bei größeren Streiks im Jahre 1925 nur 70 bis 100 Jahre trotz außerordentlichem Zufluss der Beiträge nur 60 bis 100 Jahre zu den täglichen Entschuldigungsverweigerung hat.

Auf diese haltlosen persönlichen Angriffe gegen Männer einzugehen, die an irgendeiner Stelle sich um das Arbeiterverbandswesen hochverdient gemacht haben, darunter waren Verstorbene, erübrigt sich, die Antworte rüsten sich selbst. Wenn aber Herr Grünner von einer „Heute der DAB“ gegen den DIG spricht, so sei dem gegenübergestellt, daß auf Initiative der DAB im Jahre 1925 zum dritten Male der Versuch einer Einigung mit dem DIG gemacht worden ist. Diese mißglückten, mit äußerster Langmut und Entgegenkommen über ein Jahr geführten Verhandlungen mußten aber aus Gründen scheitern, die der von uns veröffentlichte Bericht über den Gang der Verhandlungen jedem unbefangenen Leser ohne weiteres erkennen läßt.

Diese Auseinandersetzungen über den Streikschutz der Unternehmer sollten die Gewerkschaften aber veranlassen, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß ihre finanzielle Kraft gestärkt wird, denn die Fehde zwischen den Streikgesellschaften der Unternehmer dreht sich immer gerade darum, welche von beiden Gesellschaften den besten finanziellen Schutz für die angeschlossenen Unternehmer gewährt.

Wo bleibt das Arbeiterschutzesetz?

Seit ungefähr einem Jahre liegt der Entwurf über ein Arbeiterschutzesetz vor. Man sollte annehmen, daß die Regierung es ihrem Versprechen gemäß ernst meint mit der Forderung des Arbeiterschutzes. Oder glaubt sie sich vielleicht ihrer Verpflichtung durch die Inkraftsetzung der Arbeitsvertragsordnung vom 14. April 1927 entzogen? Sie irrt, wenn sie glaubt, daß die Arbeiterschaft sich damit zufrieden gibt. Für die Öffentlichkeit ist es wichtig, zu erfahren, wo der Arbeiterschutzesetzgegensatz steht.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß von einer ganzen Reihe von Gewerkschaften sehr berechtigter Forderungen nach Verbesserung des Entwurfes gestellt wurden. Das lag vor allem daran, daß eine ganze Reihe von Gewerkschaften und Berufen ausgeschlossen werden sollte und daß vor allem der dritte Abschnitt über die Regelung der Arbeitszeit in der vorgelegten Fassung unannehmbar war. Aber auch sonst wies der Entwurf Mängel auf, die zu beheben die Öffentlichkeit Kritik offensichtlich herbeigeführt hat.

Wir sind gewiß nicht unbescheiden, wenn wir nach einjähriger Fortentung des Gesetzentwurfes die Frage öffentlich aufwerfen: Wo bleibt das Arbeiterschutzesetz? Diese Frage ist um so berechtigter, weil infolge fehlenden Arbeiterschutzes und gesteigerter Produktionsleistung ein weiteres Answellen der Inflationsrate unvermeidlich ist. Es gilt, das höchste Gut der deutschen Wirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, zu schützen und zu erhalten. Da die Berufsvereinigungen und die gewerkschaftlichen Verbände sich im Kampf gegen die Inflation jahrelang als so schwach erwiesen haben, tut eine schnelle Reorganisation der Materie not. Wir rufen daher den Regierungsetzungen zu: Endlich heraus mit dem Gesetz, das einen wirklichen Schutz der Arbeiter gewährleistet.

Wir leben in einem 3-akter, da zum erstenmal die Möglichkeit geschaffen ist, einen angemessenen Teil der Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, sofern die Menschen aufrichtig eine Erfüllung dieser Bedürfnisse wollen.

Deshalb hören wir im Ausland soviel Geschwätz über die Notwendigkeit des Außenhandels. Der heimische Markt ist nicht durch Belastung hoher Löhne für gut geleistete Arbeit, in der billigen Preisen für den Konsumanten resultiert, ausgebeut. Der Arbeiter ist lediglich Annehmer für ein paar erbärmliche Lebensnotwendigkeiten.

Henry Ford: Das große Thema, das größte Problem.



Technik und Werkstatt



Der Werkstoff

Zur Berliner Werkstoffschau und Werkstofftagung
Von F. Linke (Berlin)

1.
Von dem gewaltigen Strome großer Entdeckungen und Erfindungen, der seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts in den großen Industrieländern seinen Ausgang nahm, blieb der Werkstoff verhältnismäßig unberührt. Es wurden im wesentlichen die Baustoffe verwendet, die man schon seit Jahrhunderten benutzte und die Verbesserungen daran waren verhältnismäßig geringfügig. Als jedoch die Arbeitskraft teurer wurde, mußte man daran denken, die Bearbeitung der Werkstoffe rationeller als bisher vorzunehmen zu können. Der Werkzeugmaschinenbau nahm, besonders von Amerika aus, einen gewaltigen Aufschwung. Aber gerade dieser Umstand brachte es mit sich, daß man dem Werkstoff selbst größere Aufmerksamkeit zuwendete. Einzu kam der Umstand, daß die Industrialisierung immer größere Fortschritte machte und schließlich eine Ausdehnung gewann, die man noch vor wenigen Jahrzehnten kaum ahnen konnte. An den Ingenieuren trat die Aufgabe heran, Energien zu fassen und zu leiten, die geradezu ungeheuerlich groß waren. So sind wir denn heute schon dazu gelangt, Dampfturbinen und elektrische Stromerzeuger zu bauen in Einheiten bis zu 100 000 PS. Dabei sind diese Maschinen nicht wesentlich größer als vor ein paar Jahrzehnten solche, deren Leistung nur etwa den hundertsten Teil davon betrug. Und sieht man sich eine alte Kolbendampfmaschine an, die tausend Pferde leistet, so sieht man vor einem Ungeheuer, das viel größer ist als eine neuzeitliche Dampfturbine größter Ausmaße.

Möglich war das nur, indem man bei jeder Energie die Spannung gewaltig steigerte. Die alten Maschinen liefen mit 6 bis 8 Atmosphären Druck. Die neuesten Maschinen verwenden fast das zehnfache. Soweit es sich dabei um Dampfmaschinen handelt, bringt das mit sich, daß man Dampf auf Temperaturen über 200 Grad Celsius erhitzt, die die Baustoffe selbst nicht mehr ungeschoren läßt.

Den größten Beitrag zu dieser Entwicklung aber lieferte die Elektrotechnik. Es hat nicht lange gedauert, bis sich der Elektromotor als sogenannte sekundäre Kraftmaschine auf der ganzen Linie das Feld eroberte. Die ausgezeichneten Eigenschaften dieser Maschine, das leichte und bequeme Anlassen, die jederzeitige Betriebsbereitschaft, die unglaubliche Überlastbarkeit, der hohe Wirkungsgrad und der Umstand, daß man diesen Motor unter wohl allen Umständen verwenden kann, ließen sie überall eindringen. Diese weite Verwendung brachte jedoch mit sich, daß die sogenannten primären Kraftmaschinen, also die Dampfmaschinen, die andern Wärmemotoren, die Wasser- und Windkraftmaschinen sich ebenfalls stark ausbreiten mußten. Denn sie waren ja schließlich die eigentlichen Energielieferanten. Es war also im wesentlichen der Einfluß der Elektrotechnik, der diese beispiellose Entwicklung hervorrief. Aber sowohl die Kraftmaschinen, wie die Elektromotoren und die Stromerzeuger kamen nur mit Ansprüchen an die Baustoffe, die früher begreiflicherweise nicht gestellt wurden. Für den Elektromotorenbau benutzte man eben in den ersten Zeiten die Eisen- und Stahlsorten, die vorhanden waren. Jetzt ist das ganz anders. Man baut eine einzige solche Maschine aus einer ganzen Reihe verschiedener Eisenarten und benutzt für jeden Teil die zweckmäßigste und dafür besonders ausgebildete.

Natürlich war das nicht möglich, ohne daß man sich eingehend mit dem Werkstoff befahte. Und so rankte an den Wissenschaftlern eine Wissenschaft vom Werkstoff empor, die ihren Ausgangspunkt in erster Linie der Stoffprüfung verdankte. Will man nämlich Baustoffe bestimmter Eigenschaften herstellen, so ist das nur möglich, wenn man die Metalle studiert, deren man sich bedienen will. In planmäßiger Weise geschah das eigentlich im vorigen Jahrhundert erst an zwei Stellen: in Berlin durch Wartens und in Stuttgart durch Bach. Diese Männer entwickelten ganze große Schulen und so kam es, daß ihre Pionierarbeiten bald durch eine ungeheure Fülle Arbeiten ihrer Schüler weit überflügelt wurden. Die ursprünglich entwickelten Versuche, mit Hilfe von Prüfmaschinen den Werkstoff zu zerreißen, zu zerschneiden, zu zerbrechen oder zu zerschneiden, wurden erweitert durch Härteprüfungen, durch Stoß- und Schlagproben und manches andere und die alten Methoden wurden wesentlich verbessert und verfeinert. Durch unzählige Untersuchungen verschaffte man sich vor den verschiedenen Werkstoffen eine so eingehende Kenntnis, daß man umgekehrt daran gehen konnte, bessere Werkstoffe herzustellen. Stoffprüfung und Herstellung schoben sich so aneinander in die Höhe, und heutzutage ist das Gebiet der Stoffprüfung so ausgebreitet, daß es von einem Manne kaum noch übersehen werden kann.

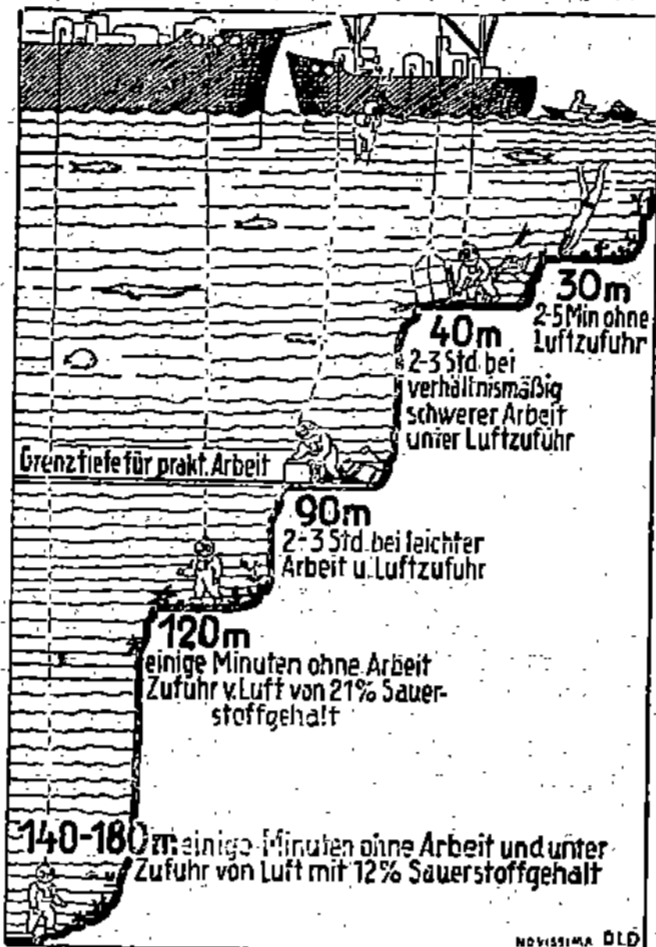
Wer noch im vorigen Jahrhundert, womöglich in den 80er Jahren, als qualifizierter Arbeiter seine Tätigkeit begonnen hatte und sie heute noch ausübt, hat eine Entwürdigung miterlebt, die man früher nicht gekannt hat. Allerdings ist das gerade in unfernen Zeitaltern nicht so hervorzutreten, weil andere Ereignisse die großen Entdeckungen, Erfindungen und Fortschritte auf diesem Gebiet weit überstrahlten. Was aber auf dem Gebiete des Baustoffes geleistet worden ist, wird einem klar, wenn man die große Werkstoffschau durchwandert, die jetzt in Berlin auf dem Messegelände in der riesigen neuen Automobilhalle stattfindet. Sie ist veranstaltet von vier großen Verbänden, dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute, der Gruppe Stahl und Eisen, der Gesellschaft für Metallkunde für die Nicht-Eisenmetalle und dem Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie, der die Obhut über die elektrischen Halbleitstoffe übernommen hat. Die Hauptführung des Ganzen hat, wie schon bei der eisenbahntechnischen Tagung, der Verein Deutscher Ingenieure, der sich durch diese Veranstaltung wirklich ein großes Verdienst erworben hat.

Manche der großen hier in Betracht kommenden Fragen wurden gelegentlich der Eröffnungsvorträge berührt. Daß die zu leistende Arbeit in hohem Maße des internationalen Zusammenarbeitens bedarf, ließ sich dabei nicht verkennen. Dennoch glaubte der Vertreter des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie, ein Graf Bixthum, bei Gelegenheit des Presseempfangs einen ganz unpassenden Angriff gegen den Pazifismus machen zu müssen, der bemerkenswerterweise bei den Pressevertretern nicht einmal Ablehnung erfuhr, so aber er sich gerade in diesem Zusammenhang ausnahm. Es sei deshalb nicht

vergessen hervorzuheben, daß, so gewaltig auch gerade in Deutschland die auf dem Gebiete des Baustoffes geleistete wissenschaftliche und technische Arbeit gewesen ist, doch auch andere große Völker wesentlich dazu beigetragen haben, namentlich auch Amerika. Schließlich ist ja auch bekannt, daß die Herren von der elektrotechnischen Industrie ihre Erzeugnisse vor den Landesgrenzen nicht gerade halt machen lassen. Der Graf Bixthum scheint also die Belange seiner Auftraggeber noch nicht nach jeder Hinsicht begriffen zu haben.

Der Werkstoffschau ist eine Werkstofftagung angegliedert, bei der durch zahlreiche in- und ausländische Fachleute über 200 Vorträge fachtechnischen Inhalts gehalten wurden, die zur Unterrichtung der Erzeuger wie auch der Verbraucher von Werkstoffen dienen. Es ist natürlich unmöglich, über das Gebotene hier auch nur einigermaßen zu berichten. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, in ganz rohen Umrissen ein Bild des Ganzen zu entwerfen und dann ein paar Dinge herauszugreifen, die ganz besonderer Betrachtung wert sind.

Wie tief kann man tauchen?



Die hohe Druckwirkung des Wassers würde das Tauchen in großen Tiefen nicht verhindern, denn der menschliche Körper besteht zu 80% aus Wasser oder kolloidalen Lösungen. Wasser ist aber so gut wie gar nicht zusammendrückbar. Die Ursache, daß die erweichbaren Leuchtstoffe so verhältnismäßig gering sind, sind die menschlichen Atemwerkzeuge, die die mit zunehmender Tiefe immer dichter werdende Luft nicht mehr durch die Luftröhre zu treiben vermögen. Ab 80 Meter wirkt der Sauerstoff der Luft gesundheitsschädlich und es stellen sich bei längerem Verweilen die Symptome der Sauerstoffvergiftung ein.

Die Montage von Dampfheizkörpern

Von Oberingenieur W a h r - S i d d

(Nachdruck verboten.)

Steigt der Dampf aus dem Kessel hoch nach den Heizkörpern, so hat er hier die Luft zu verdrängen. Er gibt dann von seiner Wärme ab und kondensiert zu Wasser. Dieses Wasser muß zum Kessel zurückgeführt werden. Da nun sowohl Luft wie Wasser schwerer sind als Dampf, kann die Entlüftung und Entwässerung eines Dampfheizsystems durch dieselbe Leitung vorgenommen werden. Diese als Kondensleitung bezeichnete Rohrleitung wird zweckmäßig am tiefsten Punkt des Heizkörpers angeschlossen. Die Kondensleitung muß ein ausreichendes Gefälle nach dem Kessel hin aufweisen. An keiner Stelle darf die Kondensleitung einen sogenannten Wasserack enthalten; dieser würde sich schon beim Anheizen, wo noch nicht alle Luft aus den Heizkörpern und Rohrleitungen verdrängt ist, mit Wasser füllen und so der Luft den Austritt aus dem System verstopfen. Dies hätte zur Folge, daß einzelne Heizkörper oder ganze Stränge nicht mehr warm würden. Bei mancher Dampfheizung, die nicht „geht“, liegt der Fehler lediglich hierin.

An welcher Stelle des Heizkörpers man den Dampf einführt, ist für die Wirkung der Heizung gleichgültig; der leichte Dampf wird immer — falls er nicht daran gehindert wird — zuerst an den höchsten Punkt des Heizkörpers steigen und sich von da aus ausbreiten. Vielfach wählt man eine Dampfzuführung von unten her, um dadurch absichtlich die Oberflächentemperatur der Heizkörper herabzumindern und die Gefahr der trockenen Staubkristallisation zu beseitigen. Der aufsteigende Dampf wird stets eine gewisse Mischung mit der vorhandenen Luft eingehen, und diese Mischung hat eine entsprechend geringere Temperatur. Eine einigermaßen gleichmäßige und zuverlässige Mischung erreicht man aber nur bei der planmäßigen zu diesem Zweck ausgebildeten Luftmischungsverfahren, die einst den Gegenstand heizungstechnischer Patente bildeten.

Zweckmäßig führt man die Heizkörperanschlüsse vom Heizstrang weg senkrecht in die Höhe bis zum Abperrventil; dem Rohrstück vom Ventil weg gibt man ein Gefälle nach dem Heizkörper. Auf der einen Seite fließt so das sich etwas bildende Wasser in den Heizkörper und von diesem in die Kondensleitung, auf der anderen Seite fließt es an den Rohrwandungen der Heizstränge ab und gelangt in die Entwässerungsröhren. Bei oberer Dampfzuführung und Heizkörpern von nicht zu viel Gliedern wählt man meist den sogenannten einseitigen Anschluß, das heißt Dampfanzug und Kondensleitungsanschluß legt man auf dieselbe Seite des Heizkörpers. Bei mehr als 15 Gliedern dagegen zieht man den diagonalen Anschluß vor, und zwar im Interesse gleichmäßiger Anheizens. Ein solcher Anschluß erfordert allerdings oft längere Rohrleitungen und ein erhebliches Gefälle; diesen Umstand kann man aber dadurch umgehen, daß man den Dampfanzug durch ein Einstrahrohr bis in eines der letzten Heizkörperglieder verlängert und die Kondensleitung auf derselben Seite anschließt wie die Dampfleitung. Dabei muß man allerdings darauf achten, daß die Einstrahleitung die Durchgangsröhren in den Verbindungsstücken des Heizkörpers nicht allzusehr verengt, damit der Dampf noch bequem nach den einzelnen Gliedern gelangen kann.

Bei jedem Dampfheizkörper muß Vorzarge getroffen sein, daß auch beim höchsten Betriebsdruck keinerlei Dampf in die Kondensleitung gelangen kann. Man verwendet daher heute fast allgemein einstellbare Regulierventile. Diese sind mit einer Drosselvorrichtung versehen, die es ermöglicht, die bei einem bestimmten Kesseldruck durch das Ventil in den Heizkörper einströmende Dampfmenge nur so groß zu bemessen, als der Heizkörper bei der durch ihn zu er-

zielenden Raumtemperatur zu kondensieren vermag. Infolgedessen tritt am Ende des Heizkörpers kein Dampf mehr aus und sogenannte Stauer werden überflüssig. Regulierventile und Stauer gleichzeitlich zu verwenden, ist überflüssig und bedeutet lediglich eine Materialverschwendung. Die einstellbaren Regulierventile, auch Doppelregulierventile genannt, sind bei der Inbetriebsetzung der Anlage genau einzustellen. Sehr zuzustatten kommt dabei der Einbau eines T-Stückes in die vom Heizkörper abzweigende Kondenswasserleitung. Dieses T-Stück wird beim Einregulieren eines Heizkörpers geöffnet und nun die Drosselvorrichtung des Ventils so lange eingestellt, bis nur noch ein Hauch von Dampf heraustritt. Doppelregulierventile empfehlen sich nicht bei Abdampfheizungen und bei sehr großen Heizkörpern wie Rohrsträngen, Rohrregistern und dergleichen. Hier verwendet man einfache Abperrhähne und Kondensstauer. Im übrigen muß bemerkt werden, daß man bei ein und derselben Anlage nur eine der beiden Ausführungen anwenden soll, also entweder lauter Doppelregulierventile oder lauter einfache Abperrventile in Verbindung mit Stauern. Heizkörper mit Doppelregulierventilen reagieren auf einen Wechsel im Kesseldruck, solche mit Abperrhähnen und Stauer dagegen nicht.

Jubiläum des deutschen Normenausschusses

Als Willkürbengesetz deutscher Ingenieure an die Volksgemeinschaft hat man das Werk des Normenausschusses bezeichnet. Es vollzieht sich in der Stille, so daß man wohl die meisten von uns erst darauf hinweisen muß. Voraussetzung der „Norm“, des gleichen Maßes von Wertteilen beliebiger Herstellungsbetriebe, ist der Maßstab. Spuren davon gab es schon im alten Ägypten, wenn auch keine streng durchgeführte Maßordnung. Den entscheidenden Schritt hierzu bezeichnet erst die Einführung unseres Metermaßes im Jahre 1800. Auch Abmessungen von Normen haben sich erhalten. Die Meßallern haben heute die Höhe und die kleine seitliche Einkerbung dort, wohin Gintenberg sie setzte. Die Papiererheitsgrößen, die Wilhelm Ostwald vor einigen Jahren annahm, wurden schon im 18. Jahrhundert von dem geistvollen Physiker Lichtenberg empfohlen. Wir kennen alte „Lehren“, Meßvorrichtungen, für Drahtstärken und, zuerst in England, vereinheitlichte Maßinstrumente. Doch im besten Falle gab es zahlreiche Einheiten, so daß Verwirrung bestand. So wurde in Potsdam 1754 der schon ziemlich fortgeschrittene Bau eines Torres abgegriffen und noch einmal begonnen, weil der Architekt einem anderen „Fuß“ als den üblichen preussischen vorgezogen hatte.

Die Technik muß schon einen bedeutenden Umfang erreicht haben, ehe der Schaden der Maßzerplitterung unerträglich wurde. Ein Beispiel: Früher mußten die Geschäfte Farbbänder für Schreibmaschinen in drei bis vier Dutzend Breiten vorrätig halten, weil es soviel verschiedene breite Farbbänder gab. Hier wie überall suchte womöglich jede Fabrik ein eigenes Gezeig für ihre Erzeugnisse anzustellen, weil sie sich auf diese Weise ein Monopol für Nachbestellungen sicherte. Das bedeutete aber eine Beschäftigung und einen schweren Nachteil für den Verbraucher, Verkäufer und auch für die Fabrik und die ganze Wirtschaft. Wenn man hört, daß in Folge der Tätigkeit des Normenausschusses jetzt allgemein nur zwei Spulen und Farbbänder in der einen oder in der anderen Millimeter hergestellt und verwendet werden und ähnliche Erleichterungen auch auf anderen technischen Gebieten Platz greifen, so begreift man den ungeheuren Wert der Arbeit des Normenausschusses. Seine Gründung wurde angeregt durch einen Vortrag, den Dr. Ing. Fr. Rehnhaus 1914 im Verein deutscher Ingenieure hielt. Er zählte darin die damals bereits von einzelnen Industriegruppen und größeren Betrieben bekannten Normen auf. Die Bewegung machte gute Fortschritte, der Krieg verzögerte sie zunächst, sie kam aber 1917, vor zehn Jahren, wieder in Gang. Die Herrschaftsverwaltung brauchte damals gemeinsame Maße für die Kriegsrüstung, deren Teillieferungen sie zuweilen an weit auseinanderliegende Betriebe vergab. Man gründete den Normenausschuss für den gesamten Maschinenbau, der sich bald zum Normenausschuss der deutschen Industrie und seit 1926 zum Deutschen Normenausschuss erweiterte.

Die ihm angegliederte Prüfstelle erwägt die eingereichten Normenentwürfe nach allen Seiten, namentlich auch, ob sie zu den schon bestehenden Normen und Ausmaßnormen passen. Ist der Vorschlag gründlich bearbeitet, so wird er angenommen und erhält das Kennzeichen Din (Deutsche Industrienorm). Sie wird in das Normenmeldeverf aufgenommen, das bisher mehr als 2200 Normblätter für zahlreiche Fachgebiete umfaßt; zum Beispiel für Dampfessel, Eisenbahnwagen, Fahrräder, Koffer, Lokomotiven, Schiffe, Wagen, für das Bauwesen, die Elektrotechnik, den Kraftfahrzeugbau, die Luftfahrt, das Schuhwesen, die Phototechnik usw. Dort sind die Betriebe nur schwer für das Vereinhaltungsgebot zu gewinnen; ihnen müssen Zugeständnisse für das Wohl des Ganzen abgerungen werden. Daß die ersten, schwierigen Bemühungen, von Ausnahmen abgesehen, hauptsächlich von Ingenieuren in mittleren Stellungen ehrenamtlich und in ihren Mußstunden durchgeführt wurden, bleibt ein Denkmal für den Idealismus des deutschen Ingenieurs.

Auch das Ausland weiß die Arbeit des Deutschen Normenausschusses zu schätzen. Auf dem kürzlich festlich begangenen 10. Jahrestag in Berlin vereinigten sich Reichs-, Länder- und Stadtbehörden, werktätige und wissenschaftliche Kreise und Vertreter der Normenausschüsse fast aller europäischen Staaten, auch Frankreich, um dem Ausschuss für seine wertvolle Arbeit zu danken.

Schutz gegen Kesselstein durch elektrische Ströme

Als wirksames und verhältnismäßig einfaches Mittel zum Schutz gegen Aufsetzungen sowie gegen die Bildung von Kesselstein kommt auch die Einleitung schwacher elektrischer Ströme in die zu schützenden Kondensatoren, Dampfessel usw. in Frage, entsprechend dem von dem englischen Ingenieur Cumberland angegebenen Verfahren. Die Materialanforderungen an Kondensatoren beruhen bei den in der Regel aus Messing oder ähnlichen Legierungen bestehenden Röhren im wesentlichen auf dem Auftreten der Spannungsunterschiede zwischen Kupfer und Zink, den Hauptbestandteilen des Messings. Bei Dampfessel haben Gefügeveränderungen ähnliche Wirkungen. Der in das Kühlwasser der Kondensatoren und in das Dampfessel anfallende Wasser von außen eingeleitete elektrische Strom wirkt den die Anfrischung hervorruhenden Strömen entgegen und verhindert dadurch ihr Auftreten und ihre schädlichen Wirkungen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß auch die Bildung von Kesselstein mit Hilfe des so in die Dampfessel und Kondensatoren eingeleiteten elektrischen Stromes verhindert oder doch wesentlich vermindert werden kann. Wenn sich auch bei der Instandhaltung solcher Anlagen und der Beobachtung der Wirkungsweise des Schutzstromes manchmal Schwierigkeiten ergeben, insbesondere bei stark verunreinigtem Wasser, so sind andererseits doch bei einer großen Zahl von Anlagen einwandfreie Ergebnisse erzielt worden. Bei großen Abmessungen der modernen Großessel empfiehlt es sich allerdings nicht, allein mit dem Stromschutzverfahren zu arbeiten, vielmehr ist es vorzuziehen, die schädlichen Bestandteile des Speisewassers außerhalb des Kessels soweit wie möglich zu beseitigen und den Stromschutz höchstens als zusätzliches Schutzmittel zu verwenden. Wichtig ist für die Wirksamkeit der in Rede stehenden Schutzanlagen, daß, was Anordnung und Zahl der Anoden, Durchführung durch die Kessel- und Kondensatorwandungen, Wahl des Anodenmaterials und der Isolatoren, auf denen die Anoden im Kessel zu verlegen sind, die in jahrelangen Betriebe gesammelten Erfahrungen berücksichtigt werden und daß überhaupt in allen Einzelheiten die Ausführung solcher Anlagen vorichtig und sachgemäß bewirkt wird.

Prof. Dr. W. B. Hillipi

Sitzung des Erweiterten Beirats

Der erweiterte Beirat des DMB tagte am 16. und 17. Novbr. in Stuttgart, um Stellung zu nehmen zu der Einführung der dreigeteilten Schicht in der Schwerindustrie, zu dem Plan der Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung im Verband und zu seiner Einbeziehung nach Berlin.

Die dreigeteilte Schicht in der Schwerindustrie

Aber die Verhandlungen zwecks Durchführung der dreigeteilten Schicht in der Schwerindustrie berichtet Kollege Reichel. Er führt aus:

Nach Artikel 9 der Verordnung sind die für das Inkrafttreten erforderlichen Vorbereitungsarbeiten bis zum 1. Januar 1928 vorzunehmen. Kurz und bündig wird bestimmt: „Mit diesem Zeitpunkt tritt die Verordnung in Kraft.“ Aber es ist auch eine Hintertür gelassen, durch die man der Sache entgegen kann: „Soweit zu diesem Zeitpunkt die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten in einem Teil des Reichsgebietes oder in einzelnen Betrieben ohne schwere Gefährdung der Industrie oder des Betriebes infolge besonderer Umstände nicht gestattet, kann der Reichsarbeitsminister das Inkrafttreten nach Anhörung der obersten Landesbehörde auf bestimmte Zeit hinauschieben.“

Die Schwerindustriellen haben dem Reichsarbeitsministerium wegen der Verordnung schweren Kampf angelegt und gegen die Gewerkschaften haben sie einen Kampf mit 5 A-Beiträgen geleitet und Monat gebildet. Sofort ist Geld da, wenn es sich um den bedrohten Profit handelt, das sonst fehlen soll. Man will durch diese Maßnahmen das Arbeitsministerium zum Zurückweichen veranlassen und die Gewerkschaften hoffte man durch die Kampf-anlage einzuschüchtern. Das letztere Abstellmaß ist, dürfte die Herren inzwischen eingesehen haben. Inwiefern eine Beeinflussung des Reichsarbeitsministers gelungen ist, bleibt abzuwarten.

Die Unternehmer haben zwecks Hinausschiebung der Verordnung eine Eingabe an das Arbeitsministerium eingereicht. Danach sind weitgehende technische Umstellungen und Neubauten erforderlich, um die Verordnung ohne schwere Schädigung der Produktion, der Qualitäten, des Ertrages und des Arbeitslohnes durchzuführen. Wir (die Unternehmer) beschäftigen, da diese Betriebsumgestaltungen und Neubauten nach Lage der Dinge längere Zeit erfordern, die Umstellung unserer Werke auf die neuen Betriebsverhältnisse in drei Bau-Perioden vorzunehmen, und zwar in der ersten Bauperiode die der Stahlwerke, in der zweiten die der Walzwerke und in der dritten Periode die der anschließenden Anlagen.“

Besonders in den Stahlwerken sei eine Vergrößerung der Apparaturen, der Siemens-Martinöfen usw. notwendig. Die Frist für diese Umbauarbeiten wurde in den mündlichen Verhandlungen auf „mehrere Jahre“ beziffert. Das bedeutet angesichts der bereits außerordentlich weit vorangeschrittenen Rationalisierung der Hüttenwerke, die produktionssteigernd die Erzeugung vor dem Kriege mit 18 Millionen Tonnen rohrverleimter Waifs ermöglicht, eine Verzögerung der Arbeiter. Auf diese Hinausschiebung werden sich die Arbeiter auf keinen Fall einlassen.

Nach den Berechnungen der Unternehmer fallen 50 000 Arbeiter unter die Verordnung. 19 200 Arbeiter = 39,6 % und 600 Meister und Angestellte müßten neu eingestellt werden. Die erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte seien nicht vorhanden, auch fehle es an den notwendigen Wohnungen zur Unterbringung der Leute. Allein für die Wohnungsveranschlagung seien 90 bis 100 Millionen Bauschilling erforderlich. Auch die Belastung des Lohnkontos durch den Mehrbedarf an Arbeitern und für einen etwaigen Lohnausgleich könne die Industrie nicht tragen. Von uns wurde mit Zustimmung der beiden anderen Gewerkschaftsrichtungen die Angaben der Unternehmer auf das richtige Maß zurückgeführt. Nach den Berichten der Betriebsräte der Hüttenwerke fallen höchstens 42 450 Arbeiter unter die Verordnung und ihre Durchführung erfordert die Neueinstellung von etwa 11 250 Arbeitern = 27 %. Nachträglich werde dieser Mehrbedarf an Arbeitern noch geringer werden, weil weitere technische Verbesserungen in den Stahl- und Walzwerken stattfinden. Die Beschaffung der benötigten qualifizierten Arbeitskräfte biete keine Schwierigkeiten. Diese Leute sind in den Betrieben bis auf verhältnismäßig kleine Ausnahmen vorhanden. Den zweiten Schmelzer oder Walzer kann man sofort zum ersten aufsteigen lassen und den Nachschub in die damit zusammenhängenden Stellen aus der Belegschaft des Betriebes decken. Lediglich in den Beschiebelokomotiven, bei den Schweißern usw. entstehe durch die teilweise Entlohnung von dazu geeigneten Leuten für qualifiziertere Arbeit ein Abmangel, der sich aus den Arbeitslohn um 2 Rente leicht beheben läßt. Das Wohnungsveranschlagungsprogramm schrumpfte damit auf ein Mindestmaß zusammen, das in keiner Weise die Durchführung der dreigeteilten Schicht besonders günstig, weil gerade zu dieser Zeit das Zurückfließen der Banarbeit auf den Arbeitsmarkt erfolge und von einem Arbeitermangel keine Rede sein könne.

Bezüglich der finanziellen Belastung einschließlich des unbedingt erforderlichen Lohnausgleichs wurde erwidert, daß mit dem Übergang zur dreigeteilten Schicht eine erhebliche Produktionssteigerung einträte und damit ein teilweise Ausgleich in der Belastung der Werke einträte. Die anfängliche Belastung des Lohnkontos werde mit jedem Monat nach dem Übergang und gleiche sich in Fortgang der Rationalisierung des gesamten Arbeitsprozesses ganz aus. Wie richtig dieser Standpunkt ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die gleichen Wortführer der Unternehmer bei Erörterung ihres Gesandens an den Reichsarbeitsminister das Reichswohlfahrtsministerium vor einem halben Jahre bereits technische Verbesserungen und damit Arbeiterparierungen für unmöglich erklärten, heute aber das Hauptprogramm zur Hinausschiebung der Verordnung ins Feld führten. Zu einem Beispiel aus der Praxis konnte die Richtigkeit dieser Auffassung betrachtet werden.

In einem Stahl- und Walzwerk betrug die Produktion der Grobwalzwerke in zwei Schichten je 12 Stunden 90 bis 100 Tonnen. Nach Einführung der dreigeteilten Schicht und Vernehmung der Arbeiterzahl um 25 % lies die Leistung in drei Schichten auf 200 Tonnen = 140 % zu. Die Arbeiter erhielten vollen Lohnausgleich. Das Werk hatte nicht nur keinen Verlust, sondern einen erheblichen Gewinn durch den Übergang von der zwei- zur dreigeteilten Schicht gegen. Das alles blieb nicht ohne Einfluß auf die Unternehmer und die Regierungsdirektoren. Nachdrücklich erklärten wir, daß von einer Hinausschiebung der Verordnung im ganzen oder auch nur einzelner Teile keine Rede sein könne. Die Verordnung könne und müsse zu dem angegebenen Zeitpunkt durchgeführt werden. Dem schlossen sich alle die Vertreter der anderen Verbände an.

Die Unternehmer galten unter dem Eindruck der harten, jedoch klaren Erklärung ab: Wir sind grundsätzlich keine Gegner der Einführung der dreigeteilten Schicht, aber sie kommt. Aber sie brauchen, so werden sie wieder, aus wirtschaftlichen Gründen mit Rücksicht auf den Weltmarkt grundsätzlich eine Erklärung, der dreigeteilten Schicht einzustimmen, auf mehrere Jahre hin. Erfolge. Auch über Lohnausgleich werden sie mit sich reden lassen.

Daß wir uns darauf nicht einlassen konnten, beruht auf dem folgenden: Es werden die Verhandlungen eigenmächtig weitergeführt werden. Das Arbeitsministerium selbst wird weitere Ermittlungen über die von den Parteien gemachten Angaben vornehmen, stellt also die Entscheidung über den Antrag der Unter-

nehmer nach zurück. Die Großindustrie ist nach einer aus dem Reichsarbeitsministerium kommenden Meldung des Hoff-Bureaus „geheißt worden, ihre Vorbereitungen für die Inkraftsetzung der Verordnung wegen dieser Ermittlungen nicht zu unterbrechen.“

Wie die Sache nun auch weiterlaufen mag, eins ist klar: Im Hintergrund taucht ein großer Wirtschaftskampf auf, für den sich die Arbeiter rüsten müssen. Vom Arbeitsministerium muß erwartet werden, daß es den Antrag der Unternehmer glatt ablehnt und dem Gesetz unbedingt Achtung verschafft. Die Hoffnung ist gering, daß sich die Unternehmer noch in letzter Stunde auf den Boden des Gesetzes stellen.

Wir sind auf den Kampf gerüstet. Kommt es dazu, dann bleibt die dreigeteilte Schicht undenkbar. Nicht auf die von der Verordnung erfaßten Abteilungen beschränkt. Dann geht es ums Ganze. Wir stehen dann vor der größten Bewegung, die der Verband je zu führen habe. Die Kollegen im ganzen Verband darauf aufmerksam zu machen und sie zur höchsten Kraftanstrengung aufzurufen, ist die Pflicht des Vorstandes.

An die Hüttenarbeiter besonders geht der Ruf: Wachtet in den Betrieben auf den Gang der Dinge! Treibt die Unternehmer zu ernsthaften Vorbereitungen für die Durchführung der Verordnung an. Schließt die Reihen im Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Die Aussprache eröffnet Wolf (Essen): Die von den Unternehmern in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister vorgebrachten Gründe gegen die Möglichkeit der Durchführung der Verordnung des RWA sind zum größten Teil nicht stichhaltig. Die notwendigen Ersatzkräfte sind bei gutem Willen für die Mehrzahl der Betriebe zu beschaffen und anzuwerben; in den meisten Werken befinden sich unter der Belegschaft brauchbare Leute und die steigende Arbeitslosigkeit ermöglicht vollen Ersatz.

An der Aussprache beteiligten sich ferner Leichter (Dresden), Grune (Stettin), Limm (Breslau), Weh (Köln), Freitag (Hagen), Brandes (Stuttgart), Schäfer (Leipzig), Fraule (Stuttgart), Scherer (Hohenlimburg), Klimke (Saarbrücken). Die Vertreter aus den Bezirken berichten über die Verhältnisse in den Handbetrieben und für die abzuwickelnden Hüttenwerke. Zum Teil werden von den Unternehmern die Vorbereitungen zur Durchführung der Verordnung bereits getroffen, in anderen Hüttenwerken, und dies gilt besonders für die vereinigten Stahlwerken angehörenden Betriebe, geschieht absichtlich nicht, man weiß, die einschleifende Linie. Wenn die Arbeiter gleichfalls einig sind, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Bemerkenswert sind besonders die Ausführungen des Vertreters aus Saarbrücken. Die Unternehmer im Saargebiet, wo die dreigeteilte Arbeitszeit bereits besteht, beantworten Lohnforderungen mit dem Hinweis auf die dreigeteilte Schicht in Deutschland, die keine Erhöhung zulasse.

In seinem Schlußwort betont Reichel, daß wenn von Kampf gesprochen werde, dies als eine ernste Mahnung aufzufassen sei, so wohl an die Unternehmer, den Vorn nicht zu überspannen, wie an die Arbeiter, zu rüsten und dem DMB beizutreten. Die etwaigen Schwierigkeiten kann niemand toraussehen. Gewappnet sind wir und wir werden alles aufbieten, die Sache zu einem guten Ende zu führen. Hierauf wird die folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Der erweiterte Beirat des DMB nimmt Kenntnis von den Verhandlungen über die Durchführung der Verordnung vom 16. Juli ds. Jz., betreffend die dreigeteilte Schicht und die Vorschicht für die Stahl- und Walzwerker. Er begrüßt die von den Vertretern eingenommene feste Haltung, wonach weder eine Hinausschiebung der Verordnung im ganzen noch für einzelne Abteilungen oder Bezirke, sondern nur ihre strikte Durchführung zum 1. Januar 1928 unter Gewährnung des vollen Lohnausgleichs in Frage kommen kann.

Er erucht den Vorstand, die Vorbereitungen für die Durchführung der Verordnung wie bisher entschieden und nachhaltig zu betreiben und erforderlichenfalls auch das Mittel der Arbeits-einstellung zur Anwendung zu bringen, wenn auf dem Wege weiterer Verhandlungen keine befriedigende Regelung erreicht werden kann.

Die Einführung der Invaliden- und Altersversicherung

Im Deutschen Metallarbeiter-Verband wird einleitend von dem Hauptreferenten Schäfer (Stuttgart) behandelt: Dem Verbandsrat in Bremen lagen eine Reihe von Anträgen auf Einführung einer Altersversicherung vor. Diese sind dem Vorstand mit dem Auftrag überwiesen worden, die Möglichkeit der Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung im Verband zu prüfen. Die Frage der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung im Verband ist zwei Jahrzehnte alt. Immer wieder ist der Wunsch laut geworden, die traurige Lage derer zu verbessern, die wegen Arbeitslosigkeit aus der Arbeit ausscheiden müssen und denen der Staat in der Invalidenversicherung keine zum Leben genügende Unterstützung gibt. Die früheren Verbandsstage haben die Anträge stets abgelehnt, meist mit der Begründung, daß die Unterbringung Invaliden über das Staats sei. Wenn wir denen, die nicht mehr arbeiten können, helfen wollen, können wir nicht warten, bis unsere Macht im Staat dafür stark genug ist. Unserem Drängen nach Ausban der sozialen Gesetzgebung stehen die Abwehrkräfte der Unternehmer gegenüber. In absehbarer Zeit ist also an eine höhere Unterstützung aus der staatlichen Invalidenversicherung nicht zu denken.

Diese Erkenntnis und die Willensklärung des letzten Verbandsstages haben den Vorstand veranlaßt, nicht bei der Prüfung der im Bureau gestellten Anträge stehen zu bleiben, sondern eine Vorlage auszuarbeiten, die genaue Unterlagen und Berechnungen über die Möglichkeit der Durchführung der Invalidenversicherung im Verband enthält. Wir sagen Invalidenversicherung, weil die Altersversicherung durch die Versicherungs- und Nationalversicherung der Arbeit mehr und mehr in den Hintergrund tritt. Die vom Vorstand angefertigte Vorlage liegt dem Beirat vor. Die Vorlage erfolgte nach eingehendem Studium der Erfahrungen der Gewerkschaften, die diesen Versicherungsweig bereits eingeführt haben. Die Einführung einer Invalidenversicherung ist nicht beabsichtigt, eine solche würde den Verband in einem rechnerisch nicht zu tragenden Maß belasten. Die Invalidenunterstützung ist als pflichtmäßige Pflicht, das heißt jedes Mitglied hat einen bestimmten Teil und dafür zu leisten. Dieser ist dem Einkommen der Mitglieder der Arbeiter angepaßt, damit die Kosten von den Mitgliedern leicht getragen werden können. Als besonderer Beitrag sehen dem Verbandsbeitrag sind vorgesehen:

- in der ersten Beitragsklasse 20 Pf. wöchentlich
- „ „ „ „ 25 „ „ „
- „ „ „ „ 30 „ „ „
- „ „ „ „ 35 „ „ „
- „ „ „ „ 40 „ „ „

Die vierte Beitragsklasse kommt für diesen Unterstützungsweig nicht in Betracht. Die Leistungen müssen sich selbstredend nach den Beiträgen richten.

Für Mitglieder der ersten Beitragsklasse bewegt sich die Rente zwischen 240 und 300 A jährlich. Das ist im Vergleich zu dem gewöhnlichen Beitrag eine ganz beträchtliche Summe, und diese hohe Unterstützung kann der Verband nur zahlen, weil zunächst keine und später nur geringe Verwaltungsstellen entstehen und weil die große Mitgliederzahl des Verbandes die notwendigen Einnahmen liefert. Die Unterstützung wird wie alle anderen Unterstützungen des Verbandes nur als Pauschalunterstützung gelten.

Die dem Verband schon lange angehörnden Mitglieder sollen hinsichtlich der Beiträge anders behandelt werden, als die Mitglieder, die dem Verband erst jetzt oder später beitreten. Es wird also in großem Ausmaß die bisherige Beitragserleichterung angewendet. Im allgemeinen ist eine bestimmte Beitragserleichterung notwendig, be-

vor ein Mitglied in den Genuß von Unterstützung kommen kann. Vorgelesen ist eine 10jährige Beitragsleistung.

Die seitherige Mitgliedschaft im Verband soll wie folgt angerechnet werden:

seither geleistete Beiträge	davon werden angerechnet
20	50
521 bis 780	104
780 - 1040	158
1040 - 1800	240
über 1800	312

Die Mitglieder mit einer (seitherigen) 25jährigen Mitgliedschaft können also nach Leistung von 208 Beiträgen Rente beziehen, sie brauchen keine 520 Beiträge zu leisten. Bei einer seitherigen Mitgliedschaft von 20 bis 25 Jahren sind nur noch 280 Beiträge zu leisten, um in den Genuß von Rente zu kommen.

Den Hinterbliebenen von Mitgliedern soll nach 10jähriger Mitgliedschaft das doppelte statutarische Sterbegeld bezahlt werden. Die jetzt schon invaliden Mitglieder erhalten die gleichen Vergünstigungen, wie sie oben für die Mitglieder dargestellt sind. Ein Mitglied der jetzigen Invalidenklasse kann also, sofern es eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband aufweist, nach Leistung von 208 Beiträgen Invalidenrente bekommen. Die jetzigen Halbinvaliden müssen sich entscheiden, ob sie in die Invalidenklasse gehen oder Vollbeiträge bezahlen wollen. Mit diesen Vergünstigungen glaubt der Vorstand das Äußerste Mögliche getan zu haben. Solche Leistungen hat kein Verband und keine andere soziale Einrichtung. Auch wir können diese Leistungen nur in Aussicht stellen, weil die Größe und Geschlossenheit des Verbandes eine gute Grundlage für die Einnahmen bildet. Es wäre ein Segen, wenn wir durch die Invalidenunterstützung den vom Kapital ausgepreßten Kameraden etwas Sonnenschein in ihrem Lebensabend bringen könnten.

An der Aussprache

beteiligt sich Striefler, Koch, Schulenburg, Schäfer, Ulrich, Landgraf, Haupt, Gillat, Wehlig, Kessel, Jiska, Grune und Weh. Alle begrüßen die Vorlage, einige wünschen jedoch weitere Verbesserungen für die langjährigen Mitglieder in Sachen des Invaliden- und des Sterbegeldes.

Die Kollegen Striefler, Schulenburg, Landgraf und Jiska bringen zum Ausdruck, daß die Mitglieder mit höheren Unterstützungen selbstredend auch mit höheren Beiträgen rechnen, wenn es anders würde, könnte ein Teil der Kollegen enttäuscht sein. Weiter werden für die älteren Mitglieder weitergehende Vergünstigungen gewünscht, den Verbandsgründern sollte auf alle Fälle mehr Entgegenkommen gezeigt werden. Zu beachten sei die Stellung der Wohlfahrtsämter, wenn diese die Invalidenunterstützung in Anrechnung bringen, müßte die Schaffung der Invalidenversicherung reichlich überlegt werden.

Andere Redner wollen den Kreis des Invalidenrentner weiter gezogen wissen, die Berufsausbildung müsse berücksichtigt werden. Wir sollten schon bei 60 v. H. Erwerbsunfähigkeit Rente und diese nur an Arbeitsinvaliden, nicht auch an Unfallinvaliden und Kriegsinvaliden zahlen. Demgegenüber betont ein Vertreter, daß der Grundlag der Berufsunfähigkeit schwer durchführbar ist, da die ärztlichen Urteile zu verschieden seien, wir selbst aber könnten keine Verweigerungsaufstellungen und wir müßten uns deshalb an die gesetzlichen Bestimmungen halten.

Einige Redner bejähren, daß bei der vorgesehenen Beitragshöhe ein Teil der Mitglieder aus dem Verband austrete, weil sie mit ihren niedrigen Löhnen den Beitrag nicht zahlen könnten. Die erste insbesondere für die Ungelernten. Die Vertreter aus Leipzig, Berlin, Kassel, Rathenow und Köln wenden sich gegen den vorgesehenen Pflichtbeitrag für die weiblichen Mitglieder, weil diesen in sehr vielen Fällen die Einrichtung nicht viel nütze. Von anderen Rednern wird auf die gegenwärtige ungenügende Streikunterstützung hingewiesen. Ihre Verbesserung aber zwingt zu einer Erhöhung des Beitrags. Diese in Verbindung mit der Beitragserhöhung für die Invalidenversicherung sei von den Mitgliedern nicht tragbar. Von einem Vertreter wird Auskunft verlangt über die Verhandlungen mit der Volkshilfe, die der Vorstand im Auftrag des Verbandstags hätte führen sollen, um herauszufinden, ob die Mitglieder des Verbandes nicht bei der Volkshilfe gegen Invalidenrenten versichert werden können. Zwei Redner kritisieren die finanzielle Grundlage der Vorlage. Die Berechnungen seien zu vorsichtig, mit den Einnahmen könne mehr geleistet werden, die allzu vorsichtige Politik auf der Ausgabe sei nicht gerechtfertigt.

In seinem Schlußwort werden vom Hauptreferenten Schäfer die Bedenken einzelner Redner erörtert. Es sei selbstverständlich, daß eine ganze Reihe von Wünschen aufstuchen, doch könne nicht alles in einem Zuge erfolgen. Die Wünsche werde der Vorstand prüfen. Nicht vergessen dürfe werden, daß denen, die gerne einen höheren Beitrag für diese Sache leisten wollen, eine große Zahl von Mitgliedern gegenübersteht, die das nicht tun können. Der Vorstand müßte bei der Vorlage mit der Gesamtmitgliedschaft rechnen. Die von einem Redner gewünschte Anrechnung der Militärdienstjahre würde eine zu große Belastung bedeuten. Soweit es sich um die Grundsätze des Verbandes handelt, wird man sicherlich ein Ausnahmerecht schaffen können. Der Wunsch auf Herabsetzung des Jahresalters ist schwer erfüllbar. Wir müssen uns an die staatlichen Einrichtungen anlehnen. Alle sollen von uns Invalidentente erhalten, die vom Staat aus Rente beziehen. Der von einem Redner bemängelte Vergleich zwischen unseren Leistungen und der Reichsversicherung hält der Redner trotz aller gegenläufigen Ansichten für angebracht. Der DMB bezahlt eine Reihe Unterstützungen und gibt den größten Teil der Einnahmen dafür aus, während die staatlichen Einrichtungen einen Milliardenfonds ansammeln. Die Leistungen müssen als Ganzes gewertet werden. Verhandlungen mit der Volkshilfe seien zwecklos. Sie habe beim DMB Anspruch gegen die Unterstützungsbeiträge erhoben, der Protest sei einstimmig abgelehnt worden. Derartige Einrichtungen müssen in Händen der Gewerkschaften bleiben. Dem Wunsch, den Witwen nicht eine feste Sterbegeldsumme, sondern eine abgestufte Beitragszahlung, stünme der Vorstand zu. Der Pflichtbeitrag der Arbeiterinnen sei nötig. Sie haben durch die Organisation auch einen erheblichen höheren Lohn erreicht. Dies allein rechtfertigt den Pflichtbeitrag. Die weiblichen Mitglieder erhalten auch Rechte, sie erhalten die gleichen Vergünstigungen wie die Invaliden, können also nach zehnjähriger Mitgliedschaft ihre Beitragsleistung fortsetzen und dadurch ebensogut in den Genuß von Rente kommen wie die männlichen Mitglieder. Die Berechnungen des Kollegen Jiska, der die Leistungen bemängelt, haben ein Loch. Wir können nicht ständig mit den jetzigen hohen Zinsen rechnen und die Ansprüche häufen sich erst später. Das beweist eine Denkfigur der Buchdrucker, die die besten Erfahrungen mit der Invalidenunterstützung besitzen.

Der Vorstand wird die Vorlage zeitig im Frühjahr 1928 veröffentlichten, damit die Mitglieder in ausreichendem Maße vor dem Verbandsstag Gelegenheit zur Prüfung und Kritik haben.

Ein zu der Vorlage gestellter Antrag Haupt wird in folgender Fassung angenommen:

Der erweiterte Beirat stimmt der Einführung einer Invalidenunterstützung im Verband grundsätzlich zu. Der Beirat erucht den Vorstand, seine Vorlage einer Nachprüfung zu unterziehen, wobei die Wünsche hinsichtlich der Leistungen, insbesondere die Wünsche auf eine Bevorgung der älteren treuen Verbandsmitglieder in möglichst weitgehendem Maße berücksichtigt werden.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung:

Sitzung des Verbandes

führt Kollege Brandes folgendes aus: Die Frage der Sitzverlegung des Hauptbüros ist eigentlich grundsätzlich erledigt. Ein Teil der Vertreter des Verbandstages in Bremen hat lediglich wegen der damaligen ungünstigen Kassenverhältnisse gegen die Über-

Von den russischen Metallarbeitern

Nachdem die politischen Verhältnisse in Russland ein einigermaßen festes Gefüge erlangt haben, ist auch im wirtschaftlichen Leben eine gewisse Stetigkeit eingetreten. Fast jedes Gewerbe ist nunmehr in der Entwicklung begriffen. Stolz verüben die russischen Zeitungen, daß der Stand der Vorkriegsproduktion gerade zum 10jährigen Jubiläum der Revolution erreicht sei und daß am Ende dieses Jahres auch der Reallohn des letzten Friedensjahres erreicht sein werde. Diese Tatsache bietet jedoch wenig Anlaß zur Freude, wenn man bedenkt, daß schon die Vorkriegslohnwahren von 1913/14 waren und daß ihre Kaufkraft, auf die Gegenwart übertragen, mindestens noch um die Hälfte rückgängig ist, weil die Industriewaren zwei- bis dreimal höher im Preise stehen als vor dem Kriege. Daraus ergibt sich die einfache Rechnung, daß der Arbeiter heute für seinen Lohn bedeutend weniger Bedarfsgüter kaufen kann als der Arbeiter von 1913.

An der Entwicklung der Gesamtindustrie ist besonders die Metallindustrie beteiligt. Der Wert ihrer Produktion stieg von 1035 Millionen Rubel im Geschäftsjahr 1925/26 auf 1350 Millionen in 1926/27 oder um 31 v. H. Auch die Elektroindustrie entwickelt sich günstig, denn sie steigerte den Wert ihrer Produktion im gleichen Zeitraum von 92,275 auf 118,2 Millionen Rubel oder um 23 v. H. Die monatliche Wertleistung eines Metallarbeiters erhöhte sich in der gleichen Zeit von 131 auf 160 = 17 v. H. des Elektrikers von 263 auf 313 Vorkriegsrubel = 19 v. H. Der Wirtschaftsplan rechnet mit einem Gewinn von 23,4 Millionen Rubel.

Die Regierung betreibt eine lebhafte Werbe für Preisänderung der Industriewaren. Wenn willkürliche Preiserhöhungen nachgewiesen wird, hat strenge Strafen zu erwarten, der wird sogar ergriffen. Über der größte Preiserhöher ist die Regierung selbst, weil sie jeden in- und ausländischen Wettbewerb durch ihr Vorrecht in Handel und Industrie ausschließt, den persönlichen Unternehmungsgeist ausschaltet und Erzeugung und Absatz mit einer äußerst schwerfällig arbeitenden Bürokratie belastet. Ehe ein Auftrag in Arbeit kommt, muß erst Dutzende von Verwaltungsstellen durchlaufen, was manchmal durch die vielen Rückfragen, Anstände, Erklärungen und Erläuterungen eine richtige Papierflut auslöst. Zwar ist in letzter Zeit diesbezüglich eine Vereinfachung der bürokratischen Vorarbeiten eingetreten, trotzdem arbeitet die Produktion noch mit überflüssigen Selbstkosten, die naturgemäß die Fertigmaterie verteuern. So war die Metallindustrie letzten Jahres, infolge Steigerung der Selbstkosten um 11,6 v. H. die Preise wieder zu erhöhen. Als Grund wird angegeben: höhere Preise für Brennstoffe, Erze, Frachten, ferner Mangel an technischen Einrichtungen oder deren Verschleiß. Um diesem Mangel abzuweichen, wurden für Anschaffung neuer Arbeitsmaschinen und -werkzeuge 231 Millionen Rubel bereitgestellt.

Biel geklagt wird über die lockere Arbeitsdisziplin. Eine Versammlung der Ingenieure in Charkow gab zu dieser Sache recht anschauliche Beispiele. Da ist vor allem der häufige Arbeitswechsel die Hauptursache der lockeren Disziplin. Im Bereiche des Metalltrastes Jugostal (das heißt Südstahl) hat in manchen Fabriken die Verlegung der Maschinen innerhalb fünf Monaten dreimal ihre Plätze gewechselt. In einer Fabrik mußten 80 v. H. der Arbeiter wegen Verlegung der Arbeitsdisziplin mit einer Rüge bedacht werden. Eine Fabrik in Stalino (früher Setaterinoslaw) berechnet ihren Produktionsrückgang infolge der nachlässigen Arbeitsweise auf 25 v. H. Die Summe der Verluste nehmen überhand. Sie umfassen 30 v. H. der Veranschlagt der Arbeiter, Verschleiß- und Beschaffen. Die Betriebsverwaltungen haben nicht die Handhabe, die bummelnden Arbeiter nötigenfalls mit Entlassung zu bestrafen. Sie sind deshalb gezwungen, betriebsfremde Arbeiter einzustellen und für deren Unterern, die meist nur oberflächlich sein kann, viel Zeit zu vergeuden.

Um die steigende Produktion zu bewältigen, ist der Bau von einigen großen Fabriken vorgesehen, besonders im Ural und in Südrussland. Viele der bereits bestehenden befinden sich im Ausbau und technischer Erweiterung. Für diese Zwecke sind in 1926/27 schon 227 Millionen Rubel bereitgestellt worden, außerdem wurden im Auslande Anleihen in Höhe von 74 Millionen Rubel aufgenommen, davon 50 Millionen in Deutschland. Wenn die neuen Fabriken fertiggestellt sein werden, besteht die Aussicht, die Metallindustrie von Usland und unabhängig zu machen. Das betrifft besonders den Maschinenbau. Weil aber

ein bedeutender Mangel an Facharbeitern herrscht, sollen solche vom Auslande herangezogen werden. Aus diesen Gründen häufen sich die Unfälle und übersteigen sogar die Zahl der Unfälle vor dem Kriege. Im Jahre 1926 entfielen auf 1000 Arbeiter 200 Unfälle und auf 10 000 Arbeiter 27 Unfälle mit Todeserfolg. Desgleichen nahen sich die Krankheitsfälle, besonders die Berufskrankheiten und Bergigungen. Auf 1000 berufstätige Arbeiter entfielen nämlich 1,213 Krankheitsfälle mit einer durchschnittlichen Krankheitsdauer von 12 1/2 Tagen. Für den Arbeitererfolg in größeren Fabriken wurden im letzten Geschäftsjahr 5,66 Millionen Rubel oder je Arbeiter 25,60 Rubel ausgegeben. Wie der Berichterstatter Markus zum Ausdruck brachte, wird der Kampf um die Sicherheit in den Fabriken sich dadurch erschwert, daß es an sanitären Hilfsmitteln fehlt, daß die Verwaltungen sich wenig um den Arbeiterschutz kümmern und daß die Gewerbeinspektoren die Kontrolle nachlässig ausführen. Deshalb ist auch der Arbeiterschutz in der Metallindustrie äußerst tiefstehend, ist schlechter als in allen anderen Industrien. Das kommt am deutlichsten zum Vorschein in den Hauptbetrieben der Metallindustrie, zum Beispiel im Bezirk Stalino. Dort wurden im vorigen Jahre nicht weniger als 22 738 Unfälle gezählt gegen „nur“ 9300 in 1925. Gleichzeitig stieg die Zahl der tödlichen Unfälle von 48 auf 105.

Die Löhne der Metallarbeiter betragen im Durchschnitt des Reichsbereiches 74 Rubel monatlich. Sie sind jedoch je nach dem Bezirk einer ansehnlichen Spanne unterworfen. Während sie zum Beispiel in Moskau 91 Rubel erreichen, betragen sie im Ural nur 47 Rubel. Diese große Spanne ist wenig gerechtfertigt, weshalb ein stufenweiser Ausgleich angestrebt werden soll.

Trotz der vordringenden Entwicklung der Metallindustrie ist die Arbeitslosigkeit eine ganz bedeutende. Insgesamt sind 66 000 Metallarbeiter ohne Beschäftigung. Die Erscheinung wird dahin erklärt, daß der Zustrom der Arbeitskräfte vom Dorfe in stetigem Steigen begriffen ist und daß die Betriebsleitungen zu wenig die Arbeitsnachweise beanspruchen, durch die der Zustrom betriebsfremder Arbeitskräfte eingedämmt werden könnte. Außerdem wurden viele Arbeiter infolge Rationalisierung der Betriebe abgebaut.

Der Metallarbeiterverband zählt 817 000 Mitglieder. Da die Metallindustrie etwa 900 000 Arbeiter beschäftigt, sind somit 92 v. H. organisiert. Als Industrieverbandsmitglied er nicht nur die gelerntem Metallarbeiter, sondern auch alle anderen Arbeiter der Metallindustrie. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt durchschnittlich 15 Rubel im Monat. Die Beiträge sind folgendermaßen gestaffelt:

Monatslohn	Monatsbeitrag	Monatslohn	Monatsbeitrag
bis 20 Rubel	0,20 Rubel	101-130 Rubel	2,30 Rubel
20-35	0,40	131-170	3,-
35-50	0,75	171-220	4,-
51-75	1,20	221-299	5,-
76-100	1,70	über 300	6,-

Die Arbeitszeit beträgt gegenwärtig durchschnittlich 7,4 Stunden. Sie betrug 1926 7,5 Stunden, 1925 7,8 Stunden. Sie soll innerhalb des nächsten Jahres auf 7 Stunden heruntersetzt werden. Weiteres soll ein Geschenk an die Arbeiter zum zehnjährigen Jubiläum werden. Die Angaben über die Dauer der Arbeitszeit stammen von dem Mitglied des Volkswirtschaftsrates Kujbischew. Er vergaß aber hinzuweisen, daß die vielen Überstunden, die immer noch, trotz der vielen Arbeitslosen gemacht werden, die Arbeitszeit bedeutend verlängern.

Die Unterzahlungen von Verbandsgeldern, die in den ersten Jahren der Sowjetgewerkschaften einen erschreckenden Umfang angenommen hatten, sind inzwischen stark zurückgegangen. Im Metallarbeiterverband sind im zweiten Halbjahr 1926 im ganzen 210 Fälle mit einer untergeschlagenen Summe von 50 000 Rubel festgestellt worden. Dieses Vergehen machen sich meist die Hilfskassierer schuldig. Sie werden natürlich zur strengen Verantwortung gezogen. Ebenso sind noch Fälle zu verzeichnen, daß die Fabrikleitungen den Lohn mit Verpätung ausbezahlen oder ihn überhaupt schuldig bleiben. So beschwerten sich die Arbeiter von Wladimir, daß der Metalltrast noch für April den Lohn schuldig geblieben ist. Die rückständige Lohnsumme beträgt etwa 100 000 Rubel. Desgleichen schuldig der Glasstrast den Arbeitern 102 000 Rubel, die schon am 1. Juli auszubezahlt werden sollten. Der Glasstrast entschuldigt sich damit, daß die fristgemäße Auszahlung des Lohnes den Stillstand der Unternehmungen herbeigeführt hätte.

(Schluß des Beiratsberichts)
Der Verband leistet die statutarischen Unterstützungen in vollem Ausmaß, die Zeitungen des Verbandes wurden ausgebaut, die Bildungsmöglichkeiten der Mitglieder sind erweitert worden und der Verband hat auch den Beweis erbracht, daß für Lohnkämpfe Geld vorhanden ist. Die Gründe gegen die Überschuldung sind also hinlänglich geworden, aber sie ist inzwischen noch brennender geworden. Der Verband muß sein reformbedürftiges Verwaltungswesen ausbauen und seine Druckereiarbeitung viel verbessern. Das Wichtigste ist, daß der Verband, solange sein Sitz in Stuttgart ist, bei vielen Anlässen nicht zur Stelle ist und bei vielen Gelegenheiten, die mit den Behörden und Spitzenorganisationen zu erledigen sind, nicht in dem nötigen raschen Maß eingreifen kann. Der jetzige Zustand ist einfach nicht mehr erträglich. Angesichts alles dessen rechnet der Vorstand damit, daß der Verbandstag in Karlsruhe die gebietetst notwendigste Überschuldung nach Berlin beschließt. Er beschließt daher, gewisse unbedingt erforderliche Vorarbeiten zu treffen.

Der Vertreter des Ausschusses, Kollege Weisig, wünscht die Vorstellung einer genauen Aufstellung, die ein Urteil über die entstehenden Kosten ermöglicht und einen klaren Einblick erlaubt. Der Ausschuß sei kein grundsätzlicher Gegner der Überschuldung, er wünsche lediglich eine ausführliche Erörterung der Sache auf dem Verbandstag. — In ähnlichem Sinn äußert sich der Vertreter aus Karlsruhe. Auch dieser ist der Ansicht, daß die Gründe für die Überschuldung überwiegen. — Scheffler (Berlin) betont die Notwendigkeit der ständigen Anwesenheit des Vorstandes in Berlin, der jetzige Zustand laße sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten.

Brandes sagt, die Aussprache schließend, der Vorstand unterbreite, um alle Bedenken zu zerstreuen, dem Beirat eine Entschließung und bitte, dieser zustimmen. Solange wir nicht in Berlin sind, gehen uns moralische, materielle und ideelle Werte verloren. Wir müssen nach einer schnellen Änderung trachten. Sodann wird die folgende Entscheidung gegen 5 Stimmen angenommen: Die große Mehrheit des bremer Verbandstages erkannte die Gründe des Vorstandes im Antrag für die Sicherung des Verbandes nach Berlin an und stimmte in namentlicher Abstimmung dafür. Es ist anzunehmen, daß der Verbandstag in Karlsruhe die Sicherung endgültig beschließt. Der Erweiterter Beirat erwartet deshalb vom Vorstand die erforderlichen Vorbereitungen, damit die Sicherung zum möglichst frühen Termin nach dem karlsruher Verbandstag erfolgen kann.

Schlichtungsordnung und Verbindlichkeitserkklärungen
Von dem Kollegen Reichgraber wurde angeregt, die Praktiken einzelner Schlichter, ihre Schiedssprüche und die Verbindlich-

keitserkklärungen des Reichsarbeitsministeriums zu behandeln. Dies geschieht in einer ausgiebigen Aussprache, an der sich Kaufmann (Weingarten), Ulrich (Berlin), Tilmann (Wreslau), Ziska (Berlin), Kulanski (Frankfurt), Scheffler (Berlin), Haupt (Kassel), Gante (Stuttgart), Weh (Köln), Köppler (Halle), Schäfer (Weipzig) und Reichel (Stuttgart) beteiligen. Allein schon die lange Reihenliste beweist die Wichtigkeit der behandelten Sache.

In einem Schlußwort faßt der Vorsitzende Reichel die Auffassungen, Ansichten und Wünsche der Redner zusammen. Eine völlige Freierklärung der Verbindlichkeitserkklärungen hat niemand gefordert. Aber ein Wandel des seit einigen Jahren bestehenden Verfahrens ist dringend nötig. Eine Verbindlichkeitsklärung darf nicht erfolgen, wenn sie von keiner der Parteien gewünscht wird. Das gleiche gilt, wenn eine der Parteien bereits in eine Kampfhandlung eingetreten ist. Auch in diesen Fällen sollen die Schlichtungsbehörden nur auf Wunsch einer Partei eingreifen. Der Verband selbst und seine Organe müssen danach trachten, Tarifverträge möglichst aus eigener Kraft zu schaffen und zu erhalten. Von der Berufsführung einer Verbindlichkeitsklärung soll kein starker Gebrauch gemacht werden. Der Beirat ist mit diesen Richtlinien einverstanden.

Schlieft (Stuttgart) berichtet über das Verhältnis zu anderen Verbänden, insbesondere über Richtlinien mit dem Eisenbahnerverband und über die Stetigkeiten mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sowie deren Behandlung durch den VDB. Mit der Erledigung dieser und einiger anderer geschäftlicher Angelegenheiten ist die Tagung des Beirats beendet.

Der Bezirksleiter Scheffler tritt mit Schluß dieses Jahres aus dem Verbandsdienst. Der Vorsitzende Reichel sagt ihm warmen Dank für seine hervorragende Mitarbeit am Verbandsleben und wünscht Scheffler im Namen des Verbandes einen schönen Lebensabend. Sein Fleiß und seine Treue werden unser Vorbild in künftigen Tagen bleiben.

Das Mittel, einer drohenden Depression Halt zu gebieten, besteht in Verringerung der Preise und Erhöhung der Löhne. Hohe Löhne bei hohen Preisen helfen niemandem — es wird einfach alles gleichmäßig im Preise hochgedrieben. Aber höhere Löhne und billigere Preise bedeuten größere Kaufkraft — Zunahme an Kaufkraft. Verminderung der Löhne ist kein Heilmittel gegen schlechten Absatz.

Jedoch Krieg ist keine Ursache, Krieg ist eine Wirkung. Er ist eine Wirkung der Armut — besonders der Gebantenarmut. Genau so lange, wie große Massen des Volkes in Armut leben, genau so lange wird es Kriege geben.
Henry Ford: Das große Heute, das größere Morgen.

Schriftenschau

Dr. Richard Wagner: Der Klassenkampf um den Menschen. Umfang 204 Seiten, Lr. 3 M., Reinen 4 M., E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Berlin W 30. Der Kampf der Klassen in der Gesellschaft, der scheinbar nur um die wirtschaftliche und politische Macht geführt wird, ist in Wahrheit ein Kampf um die Herrschaft über alle Gebiete des menschlichen Lebens. Er ist gerade im demokratischen Ringen mit geistigen Mitteln ein Kampf um die Stirne und Herzen der Menschen, um sie in die bürgerliche oder proletarische Klasse als Mittläufer einzureihen. Geistiges Ringen um Menschen ist aber Erziehung an den Menschen, ist Menschenbildung. In der Schriftenreihe „Neue Menschen“, die der Wiener Univ.-Prof. Dr. Max Adler in der E. Laubschen Verlagsbuchhandlung herausgibt, reißt sich das neue Buch den bisher erschienenen Bänden als Kampfgefährte gleichen Geistes und gleichen Zieles an.

Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne. Von Dr. Karl Massar. Seit Lassalle den Arbeitern die Lohntheorie der „ehemals und grauenames Lohngeletz“ darzustellen versuchte, als „jegamigkeit“, die eben andauernden Aufstieg der Arbeiterklasse zuwider mache, seit er den „hoffnungslosen Versuch der Ware Arbeitskraft, sich als Mensch zu gebären“ mit Hinweis auf dieses „Geletz“ ablehnte, sind bald 70 Jahre vergangen. Damals gab es freilich eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung noch nicht. Letzter aber hat die Machtentziehung der Gewerkschaften einwandfrei bewiesen, daß die trüben Folgerungen, die man aus den Gesetzen der „klassischen“ Nationalökonomie zog, daß daher auch diese Gesetze selbst im Widerspruch zu den Tatsachen stehen. Trotzdem können sich manche Theoretiker noch immer nicht von ihnen, zwar mit bewundener Ableitung Echarisium aufgebaut, aber allzu wirtschaftsfremden Gedankenlösungen losreißen. Mit manchen Verbesserungen und vielerlei Ein-Änderungen versehen, bilden sie noch jetzt die theoretische Grundlage vieler Volkswirtschaftslehren. Immerhin gibt es bereits eine jüngere Schule von Wirtschaftlern, die von der Tatsache ausgehen, daß es der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterklasse doch gelungen ist, die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen weitgehend zu verbessern. Daher erfährt bei ihnen das alte Kernproblem der Nationalökonomie, die Frage nach der Wirkung hoher Löhne auf die Volkswirtschaft, eine neue, wirklichkeitsnähere Behandlung. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin S 14, Jägerstr. 6.

Die Gewerkschaftsbewegung in Russland. Wollte sich der deutsche Leser über die russische Gewerkschaftsbewegung unterrichten, so war er bis jetzt nur auf Broschüren und in den Zeitungen zerstreute Artikel angewiesen. Ein größeres Werk über die russische Gewerkschaftsbewegung gab es bis jetzt in deutscher Sprache nicht. Das bedeutende Werk, von dem der erste Band eben erschienen ist: „Die Gewerkschaftsbewegung in Russland“ von W. Grinowitsch, Berlin 1927, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Preis gebunden 17 M., brochiert 16 M., wird daher mit Freude von denen begrüßt werden, die in Deutschland ein lebhaftes Interesse für die Arbeiterbewegung Russlands haben. Der Verfasser, der seit der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der russischen Arbeiterbewegung sehr eifrig tätig war, zeichnete sich seit jeher innerhalb der russischen Sozialdemokratie durch seine besondere Betätigung der unmittelbaren, wirtschaftlichen Ziele der Arbeiterbewegung aus. Das Werk Grinowitschs ist eine Art Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung, hat aber als Geschichtswerk seine Besonderheiten. Den ersten Teil des jetzt vorliegenden Bandes (S. 1 bis 180) bildet eine abgeleitete Übersetzung des russischen Wertes des Verfassers, das Grinowitsch im Jahre 1908 unmittelbar aus der Praxis und vorwiegend für die Praxis geschrieben hat und welches in Russland bis auf den heutigen Tag als das bedeutendste Werk über die russische Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der ersten Revolution anerkannt wird. Der zweite Band des Wertes, der in Vorbereitung begriffen ist, wird die neueste Geschichte und den gegenwärtigen Stand der russischen Gewerkschaftsbewegung schildern. Das Erscheinen dieses Bandes laun uns so mehr mit Interesse erwartet werden, als der Verfasser im Jahre 1917 wieder an führender Stelle in der russischen Gewerkschaftsbewegung tätig war.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: G.-U. 628 41, 628 42, 628 43

Mit Sonntag dem 27. Nov. in der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. November bis 3. Dezember 1927 fällig.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben. Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weiterzuleiten oder von dem Mitglied selbst unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft dem Vorstand einzureichen.
Stuttgart, Rößstraße 16.
Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Elektrounteren und Anterwicklern nach Lüdenscheid D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Svinemünde (Pommernwerft) D.;

α = Lohnbewegung; δ = Differenzen; ε. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Mahrregelung; Mi = Mißstände; A = Ausberrung. Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreffende Ort nicht in der Zeitung angezeigt ist, Erhaltung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied auszu gehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzestempeln zu lassen.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von dem Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Mitgliedsein. Zum baldigen Antritt wird Geschäftsführer gesucht. Verlangt wird gute Kraft, zehnjährige Mitgliedschaft im VDB, agitorische und organisatorische Fähigkeiten sowie Kennntnis im Arbeitsrecht, Tarifrecht und Verhandlungsrecht. Vorbedingung Gehalt nach den Beschlüssen des Verbandstages. Bewerbungen bis 30. November mit der Aufschrift „Bewerbung“ unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf und Familienverhältnisse an Herrn. Weise, Scherzleben, Herrnstraße 15. Die Wohnungsverhältnisse sind sehr wichtig. Sevelsberg i. Weßl. Zum sofortigen Eintritt ein Geschäftsführer gesucht. Verlangt wird fünfjährige Mitgliedschaft in einer freigeiwertlichen Organisation, genaueste Kennntnis im Arbeits-, Sozial- und Prozeßrecht. Gehalt nach dem Verbandstagsbeschlusse. Bewerbung mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf und Familienverhältnisse bis zum 6. Dezember an den Deutschen Metallarbeiterverband, Sevelsberg, Jägerstr. 2.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Rößstraße 16

